



HESSISCHER
LANDTAG

2015
25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

25 JAHRE BESCHLUSS DES AKTIONS- PROGRAMMS HESSEN-THÜRINGEN

Gesprächsrunde am 3. Februar 2015

25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Schülerseminar vom 3. bis 5. Februar 2015

im Hessischen Landtag

SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

HEFT 26

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutsche Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.



Impressum

Herausgegeben von Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags
Redaktion: Hubert Müller, Susanne Baier, Andrea Mitteldorf

Fotos: Erhard Blatt, Hessischer Landtag

Druck: ColorDruck Solutions GmbH, Gutenbergstraße 4, 69181 Leimen;
DER BLAUE ENGEL, weil aus 100% Altpapier, schützt die Ressourcen.

Gestaltung: Cicero Kommunikation GmbH, Taunusstraße 52, 65183 Wies-
baden

ISBN: 978-3-923150-58-8

© 2015 Hessischer Landtag, Schlossplatz 1–3, 65183 Wiesbaden

INHALT

25 Jahre Beschluss Aktionsprogramm Hessen-Thüringen Podiumsdiskussion am 3. Februar 2015

EINLEITUNG

Christopher Plass, Hessischer Rundfunk 8

BEGRÜSSUNG

Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags 10

GRUSSWORT

Volker Bouffier, Hessischer Ministerpräsident 14

GRUSSWORT

Christine Lieberknecht,
Landtagspräsidentin a. D., Ministerpräsidentin a. D. 20

GESPRÄCHSRUNDE

Christine Lieberknecht
Hartmut Nassauer
Rupert von Plottnitz
Ernst Welteke
Otto Wilke 26

**„25 Jahre Deutsche Einheit“
Schülerseminar vom 3. bis 5. Februar 2015**

EINLEITUNG 55

1. TAG
Ein Volk unter Verdacht. Die SED-Diktatur und die Staatssicherheit 57

2. TAG
Zeitzeugengespräche zum Umbruch 1989/90 63

3. TAG
Abschlussgespräch mit Norbert Kartmann,
Präsident des Hessischen Landtags 70

EINLEITUNG

Christopher Plass

Hessischer Rundfunk:



Einen schönen guten Abend, meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie hier im Hessischen Landtag bei dieser Veranstaltung des Landtags. Herr Beuth strahlt; er freut sich schon auf die Veranstaltung. Ich freue mich auch – auch, dass Sie da sind.

Der Landtag hat mich gebeten, heute Abend hier die Moderation zu übernehmen. Das mache ich sehr gerne, weil ich festgestellt habe, dass man bei solchen Veranstaltungen nie dümmer wird. Ich freue mich auch, dass wir illustre Gäste haben und im Laufe dieses Abends sicherlich eine interessante Diskussion haben werden.

Das, was Sie da oben sehen, ist auch der Hessische Landtag – allerdings nicht mehr ganz so, wie er heute aussieht. Viele werden ihn noch von damals kennen. Dieses Bild ist am 7. Februar 1990 geschossen worden. Das war der Tag, bevor das Aktionsprogramm Hessen-Thüringen endgültig verabschiedet worden ist. Wir werden im Laufe des Abends das Ganze auch noch in bewegten Bildern sehen und den einen oder anderen von Ihnen vielleicht sogar auch.

Ich will gar keine großen Worte machen, ich will Ihnen zum Eingang des Abends nur ein Zitat präsentieren. Es stammt von einem Kollegen, Manfred Krupp. Er ist heute Fernsehdirektor des Hessischen Rundfunks in Frankfurt, war damals aber, 1989/90, Fernsehkorrespondent für den Landtag und hat auch Beiträge über das Aktionsprogramm gemacht. Davon werden wir nachher noch einige sehen. Er hat bei einer ähnlichen Veranstaltung dieser Art vor ein paar Jahren über die damalige Zeit etwas gesagt. Man stelle sich vor: 1989, der Fall der Mauer, plötzlich sind die Verhältnisse in Mitteleuropa und speziell in Deutschland irgendwie anders. Und er sagte:

Danach entstand eine für Journalisten ganz schwierige Zeit. Die Politiker waren nämlich nicht da. Wir sollten aus Wiesbaden berichten, während die Politiker in Thüringen waren. In manchen Wochen hat man in Wiesbaden kaum einen Abgeordneten angetroffen. Was haben wir gemacht? Wir sind auch nach Thüringen gegangen.

Das war das Zitat meines Kollegen Manfred Krupp. Es scheint damals ein richtiger Run auf Thüringen gewesen zu sein, im Winter 1989/90 und in den Folgejahren. Warum, das können wir heute gemeinsam diskutieren.

Zunächst aber bitte ich Herrn Landtagspräsident Norbert Kartmann um das Grußwort.

BEGRÜSSUNG

Norbert Kartmann

Präsident des Hessischen Landtags



8. Februar 1990: Der Hessische Landtag fasste einen Beschluss. Das ist jetzt 25 Jahre her, fast auf den Tag genau. Es war ein Beschluss für die Thüringenhilfe, um es in diesem Wortlaut zu sagen, um zu helfen, um soziale Infrastruktur aufzubauen, um andere Infrastrukturentwicklungen mitzumachen, im Umweltschutz, im Gesundheitswesen, bei Verkehrswegen, in der Denkmalspflege. Diesen 8. Februar gilt es heute für den Hessischen Landtag, das Parlament, in Erinnerung zu rufen, mit all dem, was in diesen Tagen geschah und was sich in der Folgezeit daraus entwickelte.

Herzlich willkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu dieser Veranstaltung! Hier geht es viel um Erinnerung, aber es geht auch sehr viel um den Rückblick mit den Hinweisen auf das, was letztendlich auch dadurch, nicht nur dadurch, mit entstanden ist. Ich begrüße Sie ganz herzlich.

Ich begrüße zunächst einmal ganz herzlich Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier bei uns, der auch ein Grußwort sprechen wird. Ich freue mich sehr, dass als Vertreterin des thüringischen Landtages Frau Ministerpräsidentin a. D. Christine Lieberknecht hier bei uns ist. Herzlich willkommen in Wiesbaden! Ich freue mich sehr, dass Sie uns heute für den Thüringer Landtag auch aus der Retrospektive einiges sagen werden, um danach, meine Damen und Herren, teilzunehmen an einer – das ist mit Sicherheit sehr spannend – interessanten Runde. Der Begriff „Illuster“ wäre falsch; es ist eine sehr spannende Runde von Persönlichkeiten, die den meisten von uns, allen eigentlich, noch sehr bekannt sind. Es sind alles Politikerinnen und Politiker, die in der Zeit um 1990 im Landtag waren bzw. ganz wesentliche Ämter innehatten.

So darf ich zunächst einmal den damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden und späteren Innenminister Hartmut Nassauer begrüßen. Das ist ja wie ein Klassentreffen heute Abend hier. Es ist wirklich schön, dass Sie alle da sind. Dann haben wir den damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden, also sein Pendant auf der Oppositionsseite, Ernst Welteke. Lieber Herr Welteke, auch Ihnen ein ganz, ganz herzliches Willkommen!

Zum damaligen Zeitpunkt Abgeordneter der GRÜNEN war Rupert von Plottnitz, später Justizminister. Auch herzlich willkommen! Einer, den viele von uns noch vermissen, ist Otto Wilke, der damals für die Fraktion der

FDP das Amt des Fraktionsvorsitzenden versehen hat. Das waren die damals im Landtag vertretenen Parteien. Damit es kein Missverständnis gibt: Es ging darum, wer das damals konkret in Aktivität erlebt hat.

Meine Damen und Herren, unter den Gästen möchte ich zwei Kollegen begrüßen. Zunächst einmal freue ich mich sehr, dass Frau Vizepräsidentin Schleicher-Rothmund aus Rheinland-Pfalz hier bei uns ist. Ich habe gerade zu ihr gesagt: Ihr seid ja sozusagen im Sog mit uns auch nach Thüringen gekommen. Es hat am Ende wunderbar funktioniert. Herzlichen Dank und Grüße an den Kollegen Mertes, der Sie gebeten hat, hier heute Abend teilzunehmen. Ich begrüße herzlich Herrn Professor Dr. Jentsch, Verfassungsrichter a. D., ehemaliger Minister in Thüringen, ehemaliger Kollege hier aus dem Hessischen Landtag. Lieber Herr Professor Dr. Jentsch, auch Ihnen ein ganz herzliches Willkommen! Sie sind ein Teil dieser Geschichte, und Sie stehen symbolisch für viele, die nach Thüringen gegangen sind und dort, wie wir technisch gesagt haben, Aufbauhilfe geleistet haben.

Ich habe heute im Hessischen Rundfunk ein Interview gegeben. Jetzt kam wieder dieser Satz: Wir sind darauf eingestellt worden. Ich bedanke mich ganz herzlich, dass es damals so war. Es war ja für uns eine ungewohnte Situation. Aber da habe ich gesagt: Viele sind nach Thüringen gegangen und haben dort geholfen, haben Ämter übernommen, in der Verwaltung, auch in der Politik. Ich habe dann den Satz gesagt: Einige wenige sind Gott sei Dank auch wieder zurückgekommen. – Sie wissen, was ich damit meine. Natürlich ist der Mensch nicht vollkommen; wir alle sind nicht vollkommen. Mit Sicherheit haben wir mit dieser notwendigen Sensibilität, aber auch Dynamik dort mitgeholfen, dass wir es auch so gestaltet haben, wie es die Menschen dort wollten.

Wir haben, meine Damen und Herren, in den letzten Jahren zunächst ein kleines Buch herausgegeben, Dagmar Schipanski, die frühere Präsidentin des Thüringer Landtags, und ich, in dem Zeitzeugen ihre Emotionen über die Zeit damals niedergeschrieben haben. Es ist ein kleines Büchlein. Es ist nicht groß geworden, aber es ist unwahrscheinlich interessant, weil es sehr authentisch ist, weil es wirklich Menschen waren, die mitdendrin in diesem Geschehen waren. Wir haben dann später einen um-

fangreichen Band zum Thema Aufbauhilfe Thüringen herausgegeben. Er betrifft die verschiedensten Bereiche dessen, was Verwaltung, was Politik letztendlich zu leisten hat, was Verbände, Institutionen geleistet haben.

Wir haben über diese Phase des Zusammenwachsens zwischen den beiden deutschen Staaten, aber vor allen Dingen zwischen Hessen und Thüringen, über 15.000 Dokumente gesammelt, die heute im Landesarchiv hinterlegt sind und für die Forschung freigegeben sind. Dass wir es auch an einigen Stellen dokumentieren – ich begrüße Vertreter von Point Alpha und auch von Schiffersgrund –, gehört zu dem Punkt hinzu, von dem wir meinen, dass er im Hinblick auf die Frage der zukünftigen Generationen wichtig ist.

Deswegen freue ich mich sehr, dass wir heute auch Gäste aus einem Gymnasium hier in Wiesbaden haben. Es läuft parallel zu diesen Tagen ein dreitägiges Schülerseminar zum Thema deutsche Einheit, welches professionell gemacht wird, nicht von der Politik, sondern von der Landeszentrale für politische Bildung, von „meiner“ im Hause tätigen pädagogischen Einheit für die Frage der politischen Bildung. Ich bin sehr froh, dass Sie heute Abend hier sind und sich dies mit anhören können.

Meine Damen und Herren, mein Anliegen ist, Ihnen zu danken, dass Sie gekommen sind. Es ist vor allen Dingen meine Hoffnung, dass wir vieles aus den Erfahrungen, die wir damals gemacht haben, wieder auffrischen, unter Umständen ein paar Dinge analysieren oder auch für die Zukunft, für die jungen Abgeordneten vielleicht, wenn es denn so ist, besser machen können.

Herr Plass, ich danke Ihnen ganz herzlich, dass Sie die Moderation übernehmen, der Sie ja diese Phasen sehr umfangreich miterlebt haben, in Berlin, Brüssel oder hier. Bevor wir einen Auszug aus der „Hessenschau“ vom 7. Februar 1990 sehen, darf ich um Grußworte bitten, zunächst von Herrn Ministerpräsident Volker Bouffier und dann von Frau Landtagspräsidentin a. D., Ministerpräsidentin a. D. Christine Lieberknecht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche uns gemeinsam einen spannenden Abend.

GRUSSWORT

Volker Bouffier

Hessischer Ministerpräsident



Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, verehrte Frau Lieberknecht, liebe Christine, liebe Kollegen und Kolleginnen, aktuelle und ehemalige! Ich grüße Sie herzlich, liebe Gäste, freue mich, dass wir diese Veranstaltung haben. Das ist ein Grund, sich in vielfacher Weise zu freuen, nicht nur, dass wir wieder mit geschätzten Kollegen zusammenkommen, die heute in anderer Weise wirken, aber nicht mehr aktiv in der Politik sind.

In diesem Jahr feiern wir das 25-jährige Jubiläum der deutschen Einheit. Das ist ein Grund zur Freude. Das ist besonders für uns Hessen ein Grund zur Freude, weil wir die Ehre haben, in diesem Jahr die Einheitsfeiern auszurichten. Das machen wir nicht nur am 3. Oktober, sondern im ganzen Jahr organisieren wir eine Fülle von Veranstaltungen, die diesem Ereignis gerecht werden sollen, mit Zeitzeugengesprächen, mit Ausstellungen hier, in Berlin und auch in Brüssel. Wir stellen ein reges Interesse fest. Ich freue mich sehr, nicht zuletzt auch darüber, dass Schülerinnen und Schüler heute da sind.

Meine Damen und Herren, wer heute 30 Jahre alt ist, hat keine eigene Erinnerung an die Teilung Deutschlands. Deshalb ist ein solcher Abend mehr als nur das fröhliche Wiedersehen geschätzter Kolleginnen und Kollegen. Er ist zum einen Anlass, dankbar zu sein für das, was erreicht werden konnte. Er ist zum anderen aber auch eine gute Gelegenheit, zurückzublicken, wie es denn war – nicht, um historische Forschung zu betreiben, sondern um zu verstehen, wie es war, warum es so geworden ist, wie es heute ist, und was uns vielleicht Leitschnur für die gemeinsame Zukunft sein kann.

Was bedeuten eigentlich 40 Jahre Teilung? Was bedeuten Mauer und Stacheldraht ganz konkret? Was bedeutet es in den nächsten zehn oder 15 Jahren für Menschen, die heute 18 oder 20 oder 25 sind? Die kennen das – im günstigsten Fall – nur aus der Erzählung. Deshalb freue ich mich auch auf die Diskussion.

Meine Damen und Herren, im Mittelpunkt steht heute sozusagen auch die Würdigung des Aktionsprogramms Hessen-Thüringen vor 25 Jahren. Dies war eine ganz außergewöhnliche und in mancherlei Hinsicht auch einzigartige Tat. Hessen und Thüringen gehören seit Jahrhunderten zu-

sammen, seit den Zeiten der heiligen Elisabeth – dem einen oder anderen bewusst, manchmal ein bisschen verschüttet, aber immer noch sehr aktuell und in den vergangenen 25 Jahren auch immer wieder gespürt.

Es war deshalb nicht völlig überraschend, dass wir die Ereignisse in der DDR intensiver wahrgenommen haben als vielleicht andere. Wir hatten eine gemeinsame Grenze. An Point Alpha war für uns die Welt zu Ende. Es war der „heißeste“ Punkt der Erde. Nirgends standen sich mehr hochgerüstete Waffen gegenüber als dort. Es ist ein großes Geschenk – man könnte es auch ein Wunder nennen –, dass das ohne einen einzigen Schuss aufgelöst wurde. Das ist keine Selbstverständlichkeit, und es ist auch keine Banalität, die man in den Annalen irgendeines Archivs abhakt, sondern es ist die Grundlage unserer heutigen Arbeit, um zu verstehen, worum es eigentlich gehen muss, jenseits von Parteigrenzen, jenseits persönlicher Befindlichkeit und gelegentlich auch Eitelkeit.

Wenn man das weiß, dann wird man auch verstehen, dass das, was damals geschehen ist, eingebettet war in weltgeschichtliche Ereignisse, die wir in Polen erlebt haben, die wir in Ungarn erlebt haben, in einem Jahr 1989, das uns faszinierte, das wir im Westen mit größtem Interesse verfolgten, auch mit Freude, aber auch mit Unsicherheit, was dort geschehen wird, und in der Hoffnung, dass es immer auch friedlich sein würde.

In diesem Sommer 1989 gab es weit von hier, aber ins Weltgeschehen und in die Erinnerung eingeprägt, in dem großen Reich China auch eine solche Bewegung. Die ist im Sommer 1989 niedergewalzt worden, mit vielen, vielen Toten. Es war nicht völlig selbstverständlich, dass es gelingen konnte, diese friedliche Revolution wirklich friedlich zum Erfolg zu führen. Es waren weltgeschichtliche Umstände, und es waren die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, die dieses System zum Einsturz brachten und das Symbol dieses Systems, die Mauer, am 9. November 1989 eben auch zum Einsturz brachten und überwunden haben. Wir haben dies mit einer Mischung aus Ungläubigkeit, Begeisterung und Hoffnung verfolgt.

Es ist nachvollziehbar, dass in der langen Tradition von Hessen und Thüringen und dem Wunsch, diesen Prozess doch irgendwie zu unterstützen, wir uns in der damaligen Regierung, der ich angehörte, überlegt haben: Wie können wir diesen Prozess unterstützen? Es war die Regierung von Dr. Walter Wallmann und Wolfgang Gerhardt, die die Initiative ergriffen hat, als erste in Deutschland. Das macht dieses Aktionsprogramm so außergewöhnlich. Es sollten 250 Millionen DM unmittelbar als Hilfe geleistet werden – der Herr Präsident hat erwähnt, wofür – und weitere 250 Millionen DM als Bürgschaft. Das war eine große Summe und eine große Herausforderung.

Im Hessischen Landtag hat dieses Programm eine einstimmige Zustimmung erfahren. Das kann diesen Landtag stolz machen. Die Wahrheit ist aber auch: Die Frage, wie es in Deutschland weitergehen sollte, war höchst umstritten. Die Meinungen waren sehr unterschiedlich. Die Unsicherheit war allenthalben zu spüren. Die einen sprachen von dem Ziel der deutschen Einheit, und die anderen hielten das für grundfalsch, weil es den Prozess der friedlichen Entwicklung am Ende vielleicht stören könnte.

Ich empfehle Ihnen die Lektüre des Protokolls der Landtagssitzung vom 13. Dezember 1989. Dort werden Sie erkennen, wie damals die Debatte lief. Nicht zuletzt die Zwischenrufe eines später sehr berühmten Kollegen, des Abgeordneten Joseph Fischer (Frankfurt), wie es immer so schön im Protokoll heißt, sind sehr erhellend, um zu sehen, wie man damals gerungen hat.

Meine Damen und Herren, es war Bundeskanzler Helmut Kohl, der mit seinem Zehn-Punkte-Programm zum Angebot von konföderativen Strukturen die Initiative ergriffen hat. Dies war ein Angebot. Dieses Angebot war ein Angebot zum Zusammenwirken und auch zum Zusammenkommen. Aber es war uns immer klar: Die Frage, wie das geschehen könnte, mussten die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR entscheiden. Sie haben sehr klar die Antwort gegeben und manche Diskussion im Westen hinweggespült. Zuerst haben sie gerufen: „Wir sind das Volk!“ Dann haben sie gerufen: „Wir sind ein Volk!“ Das war die Antwort, die die Menschen gegeben haben. Das hat uns allenthalben

beflügelt, das, was wir machen wollten, zu unterstützen und dann auch abzustützen auf den Wunsch des Volkes.

Man darf es heute einmal erwähnen – der eine oder andere wird sich vielleicht noch erinnern –: Man konnte von Herleshausen – für uns aus dem Westen der Beginn der Beklemmung, 30 Stundenkilometer und stundenlanges Warten, bis man vielleicht auf die Interzonenautobahn weiterfahren konnte – nun plötzlich durchfahren. Man kam dann nach Eisenach und sah in den Fenstern Fahnen in Schwarz-Rot-Gold, aber ohne Hammer und Sichel. Und uns Hessen hat natürlich immer wieder besonders gefreut, dass da Schilder standen: „Hurra, die Hessen kommen!“ – Heute stehen dort keine Schilder mehr. Wir unterstellen einmal, dass sie sich immer noch freuen, wenn wir kommen. Aber das war die Stimmung, und das hat uns gemeinsam beflügelt, in außerordentlicher Weise wieder zusammenzukommen. Dieses Aktionsprogramm hat wirklich eine ganz außergewöhnliche Bedeutung.

Sie, Herr Plass, haben das Zitat Ihres Kollegen Krupp genannt: Wir waren in Wiesbaden, und die Politiker waren nicht mehr da. – Ich kann es heute erklären. Ich hatte damals den Auftrag, mitzuhelfen, eine unabhängige Justiz und die Grundlagen eines Rechtsstaates aufzubauen. Da regierte noch Herr Modrow. Also war ich Ende des Jahres 1989 und dann im ganzen Jahr 1990 in Ostberlin. So war ich auch nahezu täglich in Thüringen. Dort lernte ich eine mutige junge Pfarrerin kennen. Das war Christine Lieberknecht, die den „Brief aus Weimar“ mitverfasst hat, die mit der Bürgerbewegung untrennbar verbunden ist.

Liebe Christine, das politische Leben ist unterschiedlich. Mal ist man erfolgreich und mal weniger, aber eines bleibt: das Verdienst, das du dir nicht nur als Ministerpräsidentin, Ministerin, Landtagspräsidentin, Fraktionsvorsitzende, sondern auch damals als engagiertes Mitglied einer Bürgerbewegung erworben hast. Dafür sage ich dir heute noch einmal herzlichen Dank. Es waren Männer und Frauen wie du, denen wir die Wiedervereinigung Deutschlands zu verdanken haben.

Es war also keine Selbstverständlichkeit. Wenn wir uns heute an die damalige Situation erinnern, so möchte ich doch auf einen Umstand

hinweisen, der meistens vergessen wird. Da ich es als Zeitzeuge in der Regierung erlebt habe, kann ich es aus eigenem Erleben schildern. Sie können es auch im Protokoll nachlesen. Walter Wallmann war überzeugt davon, dass deutsche Einheit und europäische Einheit untrennbar miteinander verbunden sind. Deshalb, meine Damen und Herren, war es unsere Absicht, dieses Hilfsprogramm zur Hälfte Thüringen und zur anderen Hälfte Polen zur Verfügung zu stellen. Wir hatten – Walter Wallmann insbesondere – seinerzeit sehr enge Beziehungen zu Polen aufgenommen. Das ist dann später nicht mehr so im Bewusstsein gewesen.

Die Welt hat sich auch verändert, aber mir ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir uns von Anfang an stets darüber im Klaren waren: Wie immer diese Geschichte weitergehen würde, sie würde nur erfolgreich sein können, wenn wir nicht nur deutsche Einheit, sondern auch europäische Einheit miteinander verbinden und anstreben.

Heute, 25 Jahre später, können wir mit großer Dankbarkeit feststellen: Beides ist gelungen, deutsche Einheit und europäische Einheit, keineswegs vollendet, aber in einem Zustand, in einer Situation, die vor 25 Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Dies wird oft beschrieben, ist aber häufig in der Gefahr, dass es einfach vergessen wird, nach dem Motto: Was solls! Kümmern wir uns nur um das Heute. – Das Heute kann erfolgreich für morgen nur gestaltet werden, wenn wir nicht vergessen, wie es war. Das Zitat von Willy Brandt passt sehr gut: Hier ist zusammengewachsen, was zusammengehört. Der Hessische Landtag hat mit seinem Aktionsprogramm Hessen-Thüringen einen wesentlichen Beitrag zu diesem Prozess geleistet.

In diesem Sinne seien Sie herzlich willkommen! Ich freue mich auf eine spannende Diskussion. Ich wünsche Ihnen und uns einen angenehmen, ertragreichen und unterhaltsamen gemeinsamen Abend.

GRUSSWORT

Christine Lieberknecht

Landtagspräsidentin a. D., Ministerpräsidentin a. D.



Lieber Landtagspräsident, sehr verehrter Herr Kartmann, lieber Volker Bouffier als Ministerpräsident mit den Mitgliedern der Landesregierung und verehrte ehemalige Fraktionsvorsitzende und heutige Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will beginnen mit einem Zitat:

„Kein Land der Bundesrepublik hat ein größeres Programm zur Hilfe für ein junges Land aufgestellt. Ohne diese Solidarität, ohne diese schnelle und umfangreiche Hilfe wäre ein so guter Start für Thüringen nicht gelungen.“

Das könnte ich natürlich heute genauso sagen, es ist aber ein Satz aus der Veranstaltung „10 Jahre Hessenhilfe“, die es auch in Wiesbaden gegeben hat, und an der ich teilnehmen konnte, damals als frischgebackene Landtagspräsidentin.

Das war am 14. Dezember 1999. Gesprochen hat diesen Satz der damalige Ministerpräsident Thüringens, Bernhard Vogel, und ich hatte die Ehre, mit ihm, aber auch mit Gottfried Müller – von dem ich herzlich grüßen darf, wie auch von unserem aktuellen Landtagspräsidenten, der mit dabei war – hier zu sein. Auch die SPD-Mitglieder des Thüringer Landtages und der frühere Minister Gerd Schuchardt sowie Heiko Gentzel waren dabei. Wir waren eine kleine Thüringer Delegation und haben es damals schon mit gewürdigt – ich denke wirklich, zu Recht –, denn es war ein einmaliges, ein in der Geschichte überhaupt nicht wiederholbares Ereignis, ein Ereignis, an das wir immer noch mit großen Emotionen denken.

Es waren tatsächlich mehrere Dinge notwendig, um einen solchen Schritt zu gehen, um so spontan zu sagen: Ja, Mensch, das ist ein historisches Ereignis. Die Mauer ist gefallen. Wir können uns frei bewegen, und die Menschen auf den Straßen und Plätzen der DDR haben da wirklich gekämpft und haben sich auch dank der weltpolitischen Ereignisse am Ende durchsetzen können. Was tun wir?

Da war es das beherzte, leidenschaftliche, aus tiefer innerer Überzeugung, auch von diesem Glücksgefühl getragene Handeln der dama-

ligen Hessischen Landesregierung, dann bestätigt vom ganzen Hessischen Landtag, das es ermöglichte, dieses Hilfsprogramm innerhalb sehr, sehr kurzer Zeit sehr spontan, aber zugleich doch sehr überlegt und sehr behutsam ins Werk zu setzen.

Ich habe die Zeitzeugenerlebnisse. Ich habe mir aber jetzt zu diesem 25-jährigen Jubiläum zum ersten Mal wirklich die Zeit genommen – vielleicht, weil ich sie jetzt ein bisschen mehr habe –, die Protokolle zu lesen, und zwar vom 14. November, also schon wenige Tage nach dem Fall der Mauer, vom 13. Dezember und dann vom Februar. Man spürt das Ringen um die deutschlandpolitische Frage, auch um die europäische Einbettung. Es gab durchaus sehr kontroverse Auffassungen in dieser Zeit – Volker Bouffier hat darauf hingewiesen –, aber doch die Einmütigkeit, helfen zu wollen, sich zu engagieren, und das mit diesem Herzblut, mit dieser Leidenschaft. Deswegen gab es, glaube ich, in dieser doch sehr kurzen Zeit die erste und im Umfang größte Hilfe, die einem der dann wiedererstehenden Länder, nämlich Thüringen, zuteilgeworden ist.

Es hat aber neben dieser persönlichen Komponente, denke ich, in der Tat auch diese historischen Linien gegeben, die man in ihrer Prägekraft nicht unterschätzen darf, auch bis zum heutigen Tag. Deswegen will ich in den wenigen Worten jetzt nicht nur zurückblicken, aber ein paar Stichworte nennen: natürlich Eisenach und die Wartburg und Marburg und die heilige Elisabeth, aber auch der große Sohn der Stadt Frankfurt. Es gäbe keine Klassik in Weimar ohne Johann Wolfgang von Goethe, aber auch wiederum kein Paulskirchenparlament in Frankfurt ohne den Vorläufer des modernen Parlamentarismus in Weimar. Gestern vor 198 Jahren, am 2. Februar 1817, fand dort die Konstituierung des ersten nach modernen Maßstäben gefassten Parlaments statt. Und dann kam das Erfurter Unionsparlament 1850 als Versuch, doch noch etwas zu retten, was aber dann auch nicht gelungen ist.

Genauso gäbe es kein modernes Weimar mit Harry Graf Kessler und van de Velde ohne den Jugendstil auf der Mathildenhöhe von Darmstadt. Das merke ich mir immer ganz besonders gerne, weil meine Großmutter von dort nach Weimar kam, um bei Henry van de Velde Kunst zu

studieren. So kann man den Reigen fortsetzen, bis hin zur großen Via Regia, die ganz Mitteleuropa durchzieht, von Frankfurt am Main nach Frankfurt an der Oder, von Lissabon bis Krakau und weit in den Osten nach Lemberg und am Ende bis nach Peking. Wir waren über die Jahrhunderte über die Geschichte verbunden, und das Spannende ist, dass wir gar nicht zurückblicken müssen, sondern auch auf das Gegenwärtige durchaus stolz sein können, auch wenn es um die Zukunftsfragen der heutigen Zeit geht.

Manches wurde nicht verwirklicht; wir haben keinen gemeinsamen Rundfunk und auch kein gemeinsames Land. Es ist aber auch wichtig, dass jedes Land die eigene Identität erhält, um mit dieser Identität zum Ganzen beizutragen. Ich finde es gut, dass wir die gemeinsame hessisch-thüringische Landesbank haben. Der hessischen Landesregierung, der thüringischen Landesregierung ist viel erspart geblieben, weil wir eine ordentliche Bank haben, die uns ordentlich durch die ganze Finanz- und Wirtschaftskrise begleitet hat. Da können wir bei all dem, was wir jetzt an Sorgen haben – was wird aus unserem Geld? –, die Zukunftsfragen angehen. Bei dem, was wir mit unseren Banken regional regeln können, sind wir gut dabei.

Wir sind aber genauso gut dabei, wenn es um die Verteidigung der Freiheit und demokratische Werte geht. Das Stichwort Point Alpha ist schon gefallen. Es gibt dort die Stiftung, die wir gemeinsam gebildet haben, die beiden Länder Hessen und Thüringen, die Landkreise, die Gemeinden vor Ort. Herr Bausch ist da; Berthold Dücker ist da. Die Thüringer Freunde stehen für diese Freiheit gemeinsam mit den hessischen Partnern innerhalb der Stiftung, mit Herrn Jentsch als Vorstandsvorsitzendem.

Das ist alles ein gemeinsames Werk, das seinesgleichen sucht, das wir in einer gewissen Einmaligkeit zwischen Hessen und Thüringen weitergeführt haben und bei dem die Zukunft tatsächlich als Orientierung steht, bis hin zu den Fragen der Bevölkerungsveränderung, des demografischen Wandels. Die hessisch-thüringische Bauindustrie hat gemeinsam das Bildungswerk gegründet, mit der Vorstandsvorsitzenden Petra Roth, der langjährigen Frankfurter Oberbürgermeisterin, um in Thüringen die

Zukunftsfragen in urbanen Räumen und in ländlichen Räumen zu besprechen und entsprechende Veranstaltungen in Frankfurt und in Thüringen zu organisieren. Das alles ist Zukunft, bis hin zu den gemeinsamen Weltnaturerberegien.

Das war für mich eigentlich die letzte Entdeckung, als ich immer wieder vor den Banderolen stand: Hainich, Weltnaturerbe. Da waren die ganzen Buchenwälder abgebildet. Da war dann immer der Kellerwald. Ich dachte, du warst noch nie im Kellerwald. Ich muss in den Kellerwald. Das habe ich auch gemacht, und seitdem steht der Kellerwald für mich als ein Synonym für Herkunftswelten und was man heute modern daraus machen kann. Es sind nicht nur ein paar Buchenbäume, sondern dort ist auch Kultur von Weltrang, Weltokumentenerbe, Gebrüder Grimm und so weiter. Das sind Herkunftswelten in der globalisierten, in der digitalisierten Welt. Deswegen ist es gut, dass wir unsere Identitäten haben, dass sie aber in einer einzigartigen Weise auch zusammenpassen, zusammengehören.

In der Tat: Hessen und Thüringen – hier wächst zusammen, was zusammengehört. Ich bin eigentlich Mutterland, aber auch Empfängerland. Sehen wir uns diesen aufrecht gehenden Ludowinger Löwen an. Das Original ist auf der Wartburg. Dort haben wir übrigens gemeinsam 20 Jahre Hessenhilfe und 20 Jahre deutsche Einheit gefeiert. Dieser Löwe schreit regelrecht nach seinem Pendant. Er ist die zweite Hälfte des grünen Herzens. Thüringen und Hessen sind durch den Ludowinger Löwen im Wappen geeint. Es gibt keine anderen Länder, die ein gleiches Wappen haben. Wir haben dies, eben wegen der gemeinsamen Herkunft.

Keine Zukunft ohne Herkunft. Dass diese Herkunft auch für die Zukunftsfragen von heute so entscheidend ist und vieles auf den Weg gibt, durch viel bürgerschaftliches Engagement, durch Institutionen, die wir geschaffen haben, das macht mich froh und glücklich. Das lässt uns nach vorne blicken. Das ist auch für die junge Generation genauso spannend, denke ich, wie der Blick zurück.

Was mich besonders freut, und zwar ehrlichen Herzens, lieber Volker

Bouffier: dass es die Hessen getroffen hat, dass du in diesem Jahr bei „25 Jahre deutsche Einheit“ als Präsident des Bundesrates an der Spitze des Reigens der 16 Länder stehst, dass wir am 3. Oktober in Frankfurt die große gemeinsame Feier haben werden und dass wir gemeinsam am 9. November in Vacha und Philippsthal diesen Reigen von vielen, vielen Veranstaltungen schon haben eröffnen können. Wer in Vacha, wer in Philippsthal war, nicht nur 1989, sondern auch jetzt, 25 Jahre später, am 9. November 2014, der hat erlebt: Es sind Ereignisse, die einen ein Leben lang begleiten. Das ist Emotion; sie lebt heute wie damals. Auch das ist ein gutes, tragfähiges Fundament für vieles Weitere. – Herzlichen Dank und einen guten Abend Ihnen allen!

Christopher Plass:

Schönen Dank, Frau Lieberknecht, für diesen sehr farbigen Vortrag und die Sicht der Thüringer.



Landtagspräsident Norbert Kartmann(l.) und Landtagspräsidentin a. D., Ministerpräsidentin a. D. Christine Lieberknecht (r.)

GESPRÄCHSRUNDE



von links nach rechts:

Otto Wilke

Vorsitzender der FDP-Fraktion im Februar 1990

Ernst Welteke

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Februar 1990

Christine Lieberknecht

Landesvorsitzende der CDU Thüringen im Februar 1990

Hartmut Nassauer

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Februar 1990

Rupert von Plottnitz

Abgeordneter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Februar 1990

Christopher Plass:

Bevor wir in die Diskussion eintreten, möchte ich Ihnen als kleinen elektronischen Einstieg ein Stück Fernsehgeschichte zeigen. Dieser Beitrag ist vor ungefähr 25 Jahren in der „Hessenschau“ gelaufen. Ich will noch eine kleine Warnung aussprechen: Hier könnten sich einige wiederfinden, aber möglicherweise nicht wiedererkennen.

Man sieht schon, dass das mit der deutschen Einheit und dem Fall der Mauer eine Weile her ist. Vielleicht ist dieser Herr, den Sie da sehen und den fast alle hier kennen, das beste Beispiel: Das ist Holger Weinert, einer der populärsten Moderatoren im Hessen-Fernsehen. Das war am 7. Februar 1990. Schauen wir uns das mal an.

(Filmvorführung)

Ja, meine Damen und Herren, wir sahen damals alle etwas anders aus; das hat man auch hier gemerkt. Man sieht an dem Ausschnitt: Auch das Fernsehen hat sich ohne Zweifel verändert. Denn ich würde heute so weit gehen – ich hoffe, der Kollege wird es mir verzeihen –, zu sagen: Ein solcher Fernsehbeitrag, mit solchen Längen und Stolperern etc., würde heute in jedem Volontärkurs durchfallen. In 25 Jahren hat sich auch da eine ganze Menge getan.

Ich würde diese Gesprächsrunde gerne mit einem kleinen Zitat einläuten. Es stammt von Rupert von Plottnitz, aus irgendeinem Buch, das ich im Rahmen dieser Recherche gefunden habe. Ich fand es typisch für diese Zeit und will es einmal kurz wiedergeben. Es ist 1989/90, alles strömt nach Thüringen. Da schreibt Herr von Plottnitz:

„Die befreiende Wahrnehmung einer demokratischen Massenbewegung in geografisch so naher, aber politisch so ferner Nachbarschaft setzte die landespolitische Routine im Hessischen Landtag mit Fraktions-sitzungen am Dienstag, Ausschusssitzungen am Mittwoch und Donnerstag, mit Frage- und Aktueller Stunde einmal monatlich im Plenum, mit dem ewigen Streit um Schule oder Haushalt, um ungeklärte Störfälle und Durchstechereien in hessischen Atomanlagen, und was der lan-

despolitischen Lieblingsthemen mehr sind, unter neue und belebende Spannung.“

Das haben Sie einmal geschrieben, und es zeigt uns, dass das wirklich so etwas wie eine Rucksituation gewesen ist. Können Sie das so bestätigen? Was haben Sie als ein Abgeordneter der GRÜNEN in dieser Zeit empfunden?

Rupert von Plotnitz:

So, wie Sie es zitiert haben. Das war ja in der Tat eine Zeit der Befreiung, und zwar nach meiner Wahrnehmung und Erinnerung nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger in der DDR, sondern auch und gerade für die Menschen hier. Das, was man an Konsequenzen für die Auseinandersetzungen im Landtag dann wahrnehmen konnte, zeugte ja davon. Mehr als die Debatten im Dezember und im Februar habe ich die Debatte vom 14. November noch in Erinnerung; die habe ich auch noch einmal nachgelesen. Da wird deutlich: Wo früher Rituale des Streites möglich waren, wo man schon am Dienstag wusste, was die Mehrheit am Donnerstag von sich geben würde und umgekehrt, das klappte plötzlich alles nicht mehr.

Gerade die Debatte vom November 1989 ist für mich spannend, weil sie zeigt: Da gab es in der Frage der deutschen Einheit in der Tat unterschiedliche Akzente, aber es gab schon einen unglaublichen Konsens in einer ganz wichtigen Frage. Ich habe das vorher auch nie so wahrgenommen, etwa im Verhältnis von Herrn Fischer oder Herrn Wallmann, aber beide haben klipp und klar gesagt: Das erste und das letzte Wort, wenn es um die Frage der neuen staatlichen Ordnung in der Ex-DDR geht, haben die Bürgerinnen und Bürger in der Ex-DDR. Herr Fischer hat hinzugefügt: Ob uns das passt oder nicht. So ähnlich hat es auch Herr Wallmann formuliert.

Bei der CDU war in der Tat der Fokus schon mehr auf die Chance einer deutschen Einheit gerichtet. Bei den GRÜNEN stand mehr die Frage der Demokratie, der Rückgewinnung der Bürger- und der Menschenrechte und einer demokratischen Ordnung im Fokus. Damals – das gebe ich

zu – hätte es uns nicht tief erschüttert, wenn eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der DDR gesagt hätte: Erst einmal versuchen wir es im Rahmen einer Eigenstaatlichkeit.

Christopher Plass:

Ich fand es ganz bemerkenswert, auch in den Protokollen der Plenarsitzungen, auf die Sie abheben, dass zum Teil hinterher gerade in Ihrer Fraktion gesagt wurde: Wir haben uns da einfach verschätzt. Wir haben es falsch eingeschätzt.

Rupert von Plotnitz:

Ja. Aber das war am 14. November in der Tat noch nicht erkennbar. Das war alles sehr ergebnisoffen. Das merkt man übrigens auch allen Reden an. Ich glaube, als Einziger – ich sehe ihn hier heute nach langen Jahren wieder – unternahm Herr Nassauer in seinem Beitrag am 14. November noch einen kleinen Versuch der gewohnten Randale, so nenne ich es mal, aber das „verläpperte“ sich einfach unter dem Druck der doch sehr historischen Ereignisse.

Christopher Plass:

Herr Wilke, der Kollege hat ja zum Eingang des Filmbeitrags etwas despektierlich gesagt: Das war keine Sternstunde des Parlaments. – War das einfach journalistische Lässigkeit, oder war es tatsächlich zu dem Zeitpunkt so, dass die erste Euphorie nach vielen Diskussionen um das Aktionsprogramm schon ein bisschen normalisiert war oder sich gar abgekühlt hatte?

Otto Wilke:

Ich glaube, wir machen es uns etwas einfach. Das Ergebnis war hervorragend, aber der Weg dahin war nicht selbstverständlich. Ich denke an Gespräche mit Walter Wallmann, in denen wir uns Gedanken gemacht haben: Bleibt Gorbatschow in Moskau an der Macht? Bleibt Schewardnadse? Wir haben uns zu dieser Zeit in allen Bereichen abgestimmt. Wir

waren nicht nur in Thüringen. Wir waren in Berlin, wir waren in Bonn. Da war die Frage: Wir sind ein wichtiger Teil hier, aber die Entscheidungen fallen nicht in Wiesbaden, und die Entscheidungen fallen nicht in Erfurt. Dies ist etwas, was damals in der Euphorie etwas unterging, denn heute tut man so, als sei es selbstverständlich gewesen.

Wir haben über das Hessen-Thüringen-Programm auch in der Koalition kontrovers diskutiert. Ich denke an Manfred Kanther, der als Finanzminister seine Vorstellungen dazu hatte. Wir haben mit Herrn Pöhl von der Bundesbank intensiv gesprochen: Wie setzen wir das um? Denn die D-Mark war noch keine Währung in Thüringen. Wir hatten noch die DDR dort. Das ist etwas, was heute manchmal vergessen wird.

Die Diskussion mit Joschka Fischer oder auch mit Ernst Welteke und auch mit Hartmut Nassauer in der Koalition war sehr offen. Da kamen die unterschiedlichsten Fragen auf. Es gab nicht mehr das frühere Schwarzweiß. Jeder Beitrag wurde ernst genommen. Wir waren uns darüber im Klaren: Wir wissen nicht, wie die Bürger in Thüringen abstimmen. Die Blockparteien, die SED, die Frage der neuen Bewegungen – all dieses war doch etwas Neues, wo wir neue Menschen, neue Ideen erlebten. Am Ende passte es in allen Bereichen.

Wir haben in der Debatte die Abrüstung diskutiert. Wir haben in der Debatte Europa diskutiert. Die Idee von Walter Wallmann, Polen mit einzubeziehen, ging daher einfach darin unter. Wir müssen etwas tun für die Bürger, um ihnen Signale zu setzen: Bleibt in Thüringen! Das war ein entscheidender Punkt, denn auch dies war nicht problemlos für uns. Es war nicht automatisch gegeben, dass wir für alle Thüringer, die hierherkamen, Arbeitsplätze hatten.

Wir haben uns auch mit der Industrie in Thüringen verschätzt. Zur damaligen Zeit hielten wir sie für leistungsfähig und hatten nicht die Erkenntnis, dass die Betriebe alle gescheitert sind. Das war das Ergebnis.

Wenn wir uns damit beschäftigen, dann muss man sich auch damit beschäftigen, dass dies nicht ein Modell war, bei dem jeder das Patentrezept hatte, wie man es heute vielfach erlebt.

Christopher Plass:

Es gab keine Blaupause. – Machen wir einmal einen Parforceritt und gehen in die Retrospektive: Herr Nassauer, wer hatte eigentlich die Idee? Wer ist der Erste gewesen, der gesagt hat: „Wir machen das“?

Hartmut Nassauer:

Es war eigentlich im Ergebnis unstreitig, nachdem die Idee geboren war. Ich weiß nicht, wer sie erfunden hat. Ich nehme an, dass es Walter Wallmann war, denn er war derjenige, der solche Einfälle hatte und sie in der Rosselstraße vortrug. Dann war auch die Zustimmung, wenn auch nicht gesichert, jedenfalls gut möglich.

(Volker Bouffier: Das waren noch Zeiten! – *Heiterkeit*)

Ja, Volker, davon kannst du nur träumen. Aber sage nur nicht, du weißt das nicht.

(Volker Bouffier: Heute wollen die alle mitreden!)

Es gab auch andere Beispiele; die tun aber heute nichts zur Sache.

Im Übrigen muss man sich vergegenwärtigen, dass wir aus der Rückschau natürlich ganz genau wissen, wie es gegangen ist, wie es auch gehen musste. Aber damals war das alles völlig offen. Ich erinnere mich an einen Besuch mit Walter Wallmann in Erfurt in dieser Zeit, bei dem damaligen SED-Bezirkssekretär. Das war ein Knochen! Das waren wirklich Welten! Gestanzte Sprache, eiserne Ablehnung, Zurückhaltung bis dorthinaus. Soweit ich weiß, hat dieser unglückselige Mensch sich dann später umgebracht; er hat das alles nicht ertragen können. Aber da ist uns deutlich geworden, dass von alleine gar nichts gehen würde.

Ich erinnere mich, Herr Plass, an andere hochemotionale Ereignisse aus der damaligen Zeit, bei der Grenzöffnung selbst. Wir sind nach Herleshausen gefahren. Ich hatte das Vergnügen, mit Walter Wallmann mitzureisen, und wir standen dann an der Autobahn dort, wo der weiße

Strich als Grenze gezogen war, beide Seiten voller Menschen. Aus Thüringen kam ein Trabi nach dem anderen mit jubelnden Menschen, die in den Westen fuhren. Dann erschien ein Transportertrabi mit acht oder zehn Leuten drin, fuhr über den weißen Strich und hielt direkt dahinter an. Es stiegen acht Leute mit Posaunen aus. Die stellten sich hin und spielten „Einigkeit und Recht und Freiheit“. Es läuft mir immer noch kalt den Rücken hinunter, wenn ich daran denke. Dann haben sie gesagt: „Das spielen wir jetzt zum ersten Mal in unserem Leben. Denn natürlich haben wir das vorher nicht tun können“. – Das waren die Iftaer Dorfmusikanten, die ich auf diese Weise nie vergessen werde.

Mit all diesem emotionalen Ballast und all den schwierigen Fragen mussten wir damals umgehen. Wie schwierig das sein würde, habe ich dann im Nachhinein noch im Europäischen Parlament erfahren können. Ich kenne dort Kollegen, die es auch ertragen hätten, wenn es weiter zwei „Deutschländer“ gegeben hätte. Die hätten nicht darauf bestanden, dass Deutschland wiedervereinigt wird. Es gab damals auch große Zurückhaltung in Teilen der europäischen Welt. Das alles war auch hier sichtbar und spürbar.

Ich weiß ein wenig, wie Helmut Kohl in seinen „zehn Punkten“ auch darauf Bezug genommen hat. Ich war zufällig in der Staatskanzlei bei Walter Wallmann, als Helmut Kohl anrief und über die zehn Punkte und Formulierungen mit ihm sprach. Ich weiß, dass das alles sehr bedacht-sam und sorgfältig zugegangen ist.

Insgesamt war es eine unglaublich spannende Zeit. Das Ergebnis ist ein wunderbares und großartiges. Das haben wir damals nicht gewusst. Für mich war es bestimmt das mit Abstand wichtigste und berührendste Ereignis meiner ganzen politischen Tätigkeit.

Christopher Plass:

Und offenbar ist es auch noch sehr präsent. Vielen Dank. – Herr Welteke, war die Opposition damals eingebunden? Wir haben gehört: Die Rosselstraße war möglicherweise sozusagen der Geburtsort der Idee.

Ernst Welteke:

Nein, es war nicht Walter Wallmanns Art, die Opposition in irgendetwas einzubinden, selbst wenn es sich um Fragen von nationaler Bedeutung handelte. Es war auch nicht die Art von Helmut Kohl, die Opposition einzubinden. Ich erinnere mich sehr gut an eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz unmittelbar nach Öffnung der Grenzen. Hans-Jochen Vogel war damals der Sprecher der Fraktionsvorsitzenden der SPD. Er berichtete, dass er von Kohl zu einem Gespräch eingeladen worden sei und erwartet hatte, dass es nun um die große nationale Frage gehen würde. Aber Gegenstand des Gespräches war nur, dass es nun notwendig sein würde, den politischen Stiftungen mehr Geld zukommen zu lassen, und dass darüber geredet werden müsste. Es war nicht, Volker Bouffier, die Art und Weise von Regierungschefs der CDU, die Opposition einzubinden. Ich könnte mehrere Beispiele nennen.

Christopher Plass:

Wie kam der Kontakt zustande? Wann sind Sie damit betraut worden?

Ernst Welteke:

Durch den normalen parlamentarischen Ablauf, dass die Drucksache dem Landtag zugeleitet wird, manchmal 50 Minuten vor Beginn der Diskussion, wie ich das heute Nachmittag im Parlament entnommen habe. Und dann konnte man sich damit auseinandersetzen und konnte dem zustimmen oder nicht zustimmen.

Für uns in der SPD-Fraktion war es nie auch nur die geringste Frage, dem Aktionsprogramm zuzustimmen. Es war eher eine Frage: Ist das nicht viel zu wenig?

Ich will noch einen Satz dazu sagen: Ich selber habe mich immer bemüht, jedes Jahr wenigstens ein Mal in der DDR zu sein. Ich hatte ein paar Verwandte, aber jeder dort weiß ja, wie schwierig das war. Man konnte sich allerdings zur Messe in Leipzig ein Tagesticket kaufen, auch wenn man dort sonst nichts zu tun hatte. So bin ich fast jedes Jahr,

wenn in Leipzig Messe war, in die DDR gefahren. Man hatte nicht viele Möglichkeiten; ich bin auch mehrmals festgenommen worden, weil ich die Transitwege verlassen hatte, um mir ein Bild von der Situation außerhalb der Transitwege zu machen.

Im Sommer 1989 habe ich eine Reise von SPD-Landtagsabgeordneten mit einigen Journalisten organisiert und bin in Sömmerda im Pressenwerk gewesen. Es hat mich außerordentlich erschüttert, das Pressenwerk zu sehen. Ich hatte deshalb als Ökonom eine gewisse Vorstellung von der Produktivität in der DDR zu dem damaligen Zeitpunkt.

In Eisenach holten wir dann offiziell die Führerin ab; so war das zu DDR-Zeiten üblich. Man konnte sich ja als eine Delegation des Hessischen Landtags nicht frei bewegen. Ich weiß es noch wie heute, als wir die Dame am Hotel abgeholt haben. Was sie uns dann in drei Tagen über den Stand der politischen Situation in der DDR erzählt hat, hat bei mir einen Zünder ausgelöst, sodass ich gesagt habe: Das dauert hier nicht mehr lange. Das kann sich nicht mehr lange halten. – Denn so frei, wie diese Dame uns berichtete, wie die Verhältnisse seien, habe ich nie jemanden, der einem als Reiseleiter in der DDR zugeteilt war, reden hören. Deshalb war es für mich auch nicht so schrecklich überraschend, aber natürlich doch ein Ereignis, als plötzlich die Grenze aufging.

Es ist ja eben auch deutlich geworden: Keiner hatte das zu dem damaligen Zeitpunkt auf der Tagesordnung. Keiner wusste, wie der Weg weitergehen würde und wie sich das entwickeln würde. Auch das eben erwähnte Zehn-Punkte-Programm sah ja aus guten Gründen – Herr Nassauer hat sie eben angedeutet – am Ende nicht die deutsche Einheit vor; es waren eine Föderation und Kooperation das Thema, und auch Herr de Maizière, er war der erste frei gewählte und gleichzeitig der letzte Ministerpräsident der DDR, hatte im Herbst 1989 ganz andere politische Vorstellungen als das, was sich dann unter dem Druck der Ereignisse und in der Realität tatsächlich entwickelt hat.

Christopher Plass:

Frau Lieberknecht, haben Sie die politische Debatte in Hessen damals verfolgen können, oder waren Sie nicht zuletzt auch in Ihrer Funktion dann einfach so damit beschäftigt, dass überhaupt irgendetwas in Gang kommt?

Christine Lieberknecht:

Wir waren auch früh aufmerksam geworden, weil für mich ja schon im Spätsommer 1989 etwas passiert ist, mit diesem mehrfach zitierten Weimarer Brief, den wir damals als ein sozusagen innerparteiliches Dokument an sämtliche Kreisvorstände in der Ost-CDU geschrieben haben. Das war damals auch eine logistische Übung ohne offizielle Kopiergeräte, die überall herumstehen. Im Landeskirchenamt konnte das gedruckt und dann gleichzeitig an 234 Kreisverbände verschickt werden. Wir mahnten Reformen an, natürlich auch mit Relevanz für die DDR. Die Staatssicherheit wurde dann auch sehr schnell aufmerksam.

Womit wir gar nicht gerechnet hatten, war eine Resonanz, die damals aus dem hessischen Landesverband kam, schon zwei, drei Tage nach Erscheinen, als es durch die beiden hier in Hessen ansässigen großen Zeitungen publik gemacht wurde. Die „Frankfurter Allgemeine“ und die „Frankfurter Rundschau“ haben beide berichtet, dann auch die ARD, glaube ich. Es war dann wirklich medial bekannt. Die Junge Union Hessen meldete sich bei uns und wollte uns zu einem Deutschlandtag der Jungen Union einladen und Gespräche mit den Reformern in der Ost-CDU aufnehmen. Da haben wir uns erst einmal die Augen gerieben und haben gedacht: Mensch, da gibt es ein Interesse. Seitdem hatten wir uns wechselseitig auch ein Stück im Fokus.

Verdichtet hat sich das dann durch die Fahrt von hessischen Vertretern – Walter Wallmann, Franz Josef Jung – die auch am 9. November in Berlin zu Gesprächen waren. Dann ergab eines das andere. Wie gesagt, am 2. Dezember 1989 war die erste größere organisierte Thüringen-Fahrt von Teilen des hessischen Kabinetts.

Christopher Plass:

Angesichts der Tatsache von 50 Millionen DM pro Jahr, 250 Millionen DM auf fünf Jahre gestreckt, muss man ja erst einmal fragen: Wo kam das Geld her? Es ist ja zumindest heutzutage nicht jeder Finanzminister in der Lage, das so aus der Schatulle zu schütten.

Zweitens. Gab es irgendwelche Diskussionen über die Frage: Verdienen die das überhaupt, während wir hier in Hessen möglicherweise auch andere Themen haben, andere Leistungen zu erfüllen haben?

Hartmut Nassauer:

Es hat darüber keine ausgedehnte Diskussion gegeben. Das halte ich in der Sache auch für durchaus richtig, wenngleich es natürlich auch der Autorität des Ministerpräsidenten geschuldet war. Es war eben ein überzeugender und naheliegender Gedanke. Die Verbindungen von Hessen und Thüringen sind geschildert worden. Die gibt es im Bewusstsein der Bevölkerung nicht nur in Nordhessen, sondern die sind insgesamt vorhanden.

Dieses Vorhaben knüpft sich an das Ereignis der Öffnung der Grenze. Das war eine weltgeschichtliche Entwicklung. Ich glaube, jemand, der damals gesagt hätte: „Ich weiß nicht, ob wir uns die 50 Millionen leisten können“, wäre hinweggefegt worden. Das wäre einfach unangemessen gewesen.

Christopher Plass:

Herr von Plottnitz musste eben schmunzeln. Wollen Sie etwas dazu sagen?

Rupert von Plottnitz:

Mir fällt dazu zwangsläufig mit Bezug auf die Gegenwart etwas ein. Heutzutage leben wir ja in Zeiten, in denen eher die Devise gilt: Markt vor Politik, Haushalt vor Politik, 50 Millionen vor politischer Entschei-

dungsfreude. Die Stärke der damaligen Zeit – insofern verdient Herr Wallmann, wenn er denn der Erfinder des Ganzen war, durchaus Respekt und Unterstützung, finde ich – war, einfach zu sagen: Es gibt Situationen im Leben, da gibt es Wichtigeres als Geld und Haushalt und schwarze Null oder Ähnliches.

Wenn ich mir die europäische Entwicklung der Gegenwart anschau, auch die Politik der Bundesregierung – Sie nicken; ich hoffe, Sie nicken auch noch weiter –, wenn es etwa um die Frage geht, wie wir Europa trotz schwerer Krisen in Südeuropa zusammenhalten, dann wünsche ich mir mehr von diesem politischen Spirit, wie er damals eine Rolle spielte, im Verhältnis zu dem, was heute eine Rolle spielt.

Otto Wilke:

Es war viel Geld, aber wir hatten auch Erfahrung in Hessen, wie man mit Geld umgeht. Wir hatten bei der Hessischen Landesbank schon einmal drei Milliarden DM in den Sand gesetzt. Das war damals das Argument, dass wir gesagt haben: Dies ist uns aber Deutschland wert, die 250 Millionen DM.

Nun hat Ernst Welteke recht: Koalitionen und Regierungen geben gern etwas vor und haben Erfolg. Aber es gab auch unter den Fraktionen Kontakte. Ich nehme das Beispiel unserer Partnerschaft mit Jaroslawl. Da waren es Hans Eichel, Franz Josef Jung, Ernst Welteke und ich, die wir uns bemüht haben, etwas auf die Beine zu stellen.

Wenn ich an das denke, was wir uns in den zwei Jahren vor der Wiedervereinigung im Parlament geleistet haben: Das war keine besondere Sternstunde. Es war in vielen Bereichen der Auseinandersetzung ein Klein-Klein. Aber insbesondere in der Debatte vom 13. Dezember und auch in der ersten Debatte zu dem Programm konnte man doch feststellen: Hier sind alle ernsthaft an der Diskussion beteiligt. Wir haben die Argumente der anderen auch ernst genommen.

Es gab die Aktion mit Lafontaine in dieser Frage. Auch unser Modell hätte am Ende schiefgehen können. Dann würden wir heute sagen:

Lafontaine war hervorragend und nicht Kohl. Denn man muss auch sehen: Wir waren alle nicht sicher, ob das ein Erfolg wird. Wir haben auf die Hoffnung gesetzt, dass das, was mit der Grenzöffnung passiert ist, positiv ausgehen muss.

Ernst Welteke:

Das war ja eine Zeit der durchaus scharfen Auseinandersetzung, wenn man nicht nur diesen Teil der Parlamentsprotokolle liest, zwischen insbesondere der SPD und dem Ministerpräsidenten Wallmann. Es gab einen Vorfall im Herbst 1989, der zu einer sehr heftigen Debatte geführt hat, die wiederum zu einem heftigen Konflikt innerhalb der Koalition geführt hat. Ich will hier nicht schildern, wie es zu Ende ging, aber er ist mir jedenfalls in tiefer Erinnerung geblieben. Es war eine heftigste Auseinandersetzung.

Aber um Ihre Frage zu beantworten: Dass die 50 Millionen DM jährlich irgendwo zur Diskussion gestanden hätten, daran kann ich mich überhaupt nicht erinnern. Und wenn ich die Protokolle durchblättere, kann ich keine Stelle finden, wo irgendjemand gesagt hätte: Aber 50 Millionen sind doch viel Geld! – Ganz im Gegenteil: In Fortsetzung dessen, was Oskar Lafontaine immer formuliert hat und was ich vorhin angedeutet habe damit, dass ich eine ungefähre Vorstellung davon hatte, was ökonomisch auf uns zukommen würde, war diese Summe viel zu gering. In der späteren Entwicklung hat sich ja auch bestätigt, dass 50 Millionen DM oder 250 Millionen DM nur ein Tropfen auf den heißen Stein gewesen sind.

Christopher Plass:

Die politische Absicht war also da. Es ging um 50 Millionen DM, 250 Millionen DM über fünf Jahre. Jetzt die nächste Frage: Wen spricht man an? Es ist ja zum Teil dargestellt worden: Die DDR existierte zeitweise noch, die Strukturen waren ganz anders. Was war der nächste Schritt? Wer war der Ansprechpartner? Gab es so etwas wie ein geordnetes System, um diese Gelder zu verteilen?

Ernst Welteke:

Ja, es gab ein geordnetes System. In Thüringen wurden runde Tische eingerichtet, die mitwirken konnten. Es gab ja das Land Thüringen nicht – das ist vorhin schon erwähnt worden –, es gab die drei Bezirke. Wir haben hier im Hessischen Landtag einen Beirat eingerichtet, dessen Vorsitzender ich sein durfte. Wir haben uns in dem Beirat regelmäßig berichten lassen, was mit dem Geld geschieht.

Es gab unendlich viele Schreiben. Das Buch, das vorhin vom Landtagspräsidenten erwähnt worden ist, zeigt, wie viele Schreiben die Hessische Landesregierung bekommen hat, wer alles wo etwas gebrauchen konnte. Das war ja mit 50 Millionen DM überhaupt nicht abzudecken. Darum wurden die sinnvollsten Projekte von einem Staatssekretärsausschuss unter Führung des Herrn Gauland, der uns heute ab und zu wieder in den Medien begegnet, ausgewählt. Da das ganz konkrete Projekte waren, war eigentlich auch keine sinnvolle Diskussion darüber anzufügen.

Wir haben in großen Mengen Arztkoffer – ich kann sie noch beschreiben: schwarze lederne Arztkoffer – nach Thüringen in Arztpraxen gebracht, insbesondere auf den Dörfern den Ärzten direkt persönlich überreicht, die sich heftig darüber freuten, dass sie nun etwas in der Hand hatten, womit sie Patientenbesuche machen konnten. Ich selber war anwesend, als wir einen mobilen Operationssaal am Krankenhaus Meiningen übergeben haben.

Ein anderes Beispiel, bei dem ich dabei war, ist, dass wir die Holzbrücke zwischen Herleshausen und Lauchröden über die Werra, ein kleines Holzbrückchen, das hessische Zimmerleute errichtet hatten, schon vor Weihnachten 1989 eröffnet haben. Daran habe ich eine bleibende Erinnerung, denn wir haben dann die Eröffnung der Brücke im Pfarrhaus von Lauchröden gefeiert, und plötzlich wurde mir bewusst, wer mir gegenüber saß: ein General der Volkspolizei und ein General des Grenzschutzes in voller Uniform. Ich habe die beiden Herren gefragt, ob sie sich kennen. Da haben sie gesagt: Wir kennen uns seit Jahrzehnten, aber nur durchs Fernglas.

Christopher Plass:

Hat man überhaupt noch einen Überblick behalten, Herr Nassauer? Es kamen viele Anfragen und Briefe, wer alles an dem „Geldsegen“ beteiligt werden wollte. Hatte man einen Überblick? Hat man eine Art Gewissheit gehabt, wenn wir das dorthin tun, dass dann auch etwas passiert und es sinnvoll eingesetzt wird? Oder ist die Frage 25 Jahre später einfach zu nüchtern gestellt?

Hartmut Nassauer:

An alle Einzelheiten wird man sich heute sicherlich nicht erinnern können. Ich erinnere mich an den Ausschuss, dem Herr Welteke vorsah, der darüber zu befinden hatte. Darüber wurde gelegentlich berichtet. Das geschah alles in freudiger Erregung. Ich selbst erinnere mich, wie wir Polizeifahrzeuge nach Erfurt gebracht haben, die dort dann gleich im Polizeidienst eingesetzt wurden. Das war eines der Ereignisse. Aber über alle Einzelheiten der Koffer, die hingbracht worden sind, wusste man nicht mehr Bescheid. Die Entwicklung war positiv; das konnte man sehen. Es ging einen guten Weg, und damit hat man sich hier, was diese Einzelheiten anbelangt, schon zufriedengegeben, denke ich.

Christine Lieberknecht:

Es gab ja dann sehr schnell auch das Hessenbüro in Erfurt. Es war Wolfgang Egerter, der alle Thüringer Kontakte dort bündelte und daher, denke ich, eine ganz wichtige Mittlerfunktion hatte.

Neben dem Sozialen, neben dem Unterstützen von kleinen und mittelständischen Betrieben, werdender Wirtschaft und Privatisierung war ein Bereich vor allen Dingen die Denkmalpflege. Es sind damals viele Gelder in eine absolut bedrohte Bausubstanz gegangen, von der vieles weg gewesen wäre, wenn nicht der Herbst 1989 für die Änderung der Verhältnisse gesorgt hätte. Den hessischen Landeskonservator Kiesow möchte ich da ausdrücklich nennen.

Ich fand es beeindruckend, wie Walter Wallmann bei aller weltpolitischen Einbindung, bei den europapolitischen Visionen, die er geäußert hat, bei aller Behutsamkeit schon in der Rede am 14. November – das wurde mir jetzt beim Nachlesen der Dokumente aus dem Landtag klar – auf die Bewahrung des kulturellen Erbes hingewiesen hat. Das hat mich tief berührt, weil ich mir das so bisher nicht vergegenwärtigt hatte.

Otto Wilke:

Man muss sich auch mal an die Praxis erinnern: Die Kommunikation war ausgesprochen schwierig. Es war nicht so einfach, miteinander zu telefonieren. Ich hatte ein Autotelefon. Wir fuhren abends nach Nordhausen, um uns mit der Bundesregierung, mit den anderen Parteifreunden abstimmen zu können – das kann sich heute keiner mehr vorstellen –, denn das, was man dort erfuhr, war nicht gleich in Wiesbaden. Wenn man sich rückversichern musste, ging das nicht so schnell. Das funktionierte alles nicht. Die fehlende Kommunikation machte es notwendig, dass wir laufend in Thüringen waren oder umgekehrt die Thüringer auch in Wiesbaden.

Christopher Plass:

Herr Welteke, Sie haben in dem Beirat gesessen. Es gibt ja, wenn man sich die Protokolle anschaut, Bemerkungen, beispielsweise vom damaligen Finanzminister Kanther – Herr Wilke hat auch schon darauf Bezug genommen –, der zu einem relativ frühen Zeitpunkt gesagt hat: Wir müssen aufpassen, dass das nicht zu teuer ist, weil durch alle möglichen Töpfe der deutschen Einheit auch sonst noch Belastungen auf das Bundesland Hessen zukommen.

Ernst Welteke:

Ich habe ja eben erwähnt – Frau Lieberknecht hat es auch gesagt –: Irgendwann wurde das in Thüringen bekannt. Die wohnten ja nicht in einem toten Winkel, sondern verfolgten das Westfernsehen. Dann hat jeder Dorfpfarrer einen Brief geschrieben, dass seine Kirche renoviert werden muss, und hat erwartet, dass die Hessische Landesregierung

von CDU und FDP jetzt das Geld schickt, um die Kirche zu renovieren. Und von jedem Krankenhaus bekamen wir Berichte, dass sie keine Medikamente und keine Verbandsmittel haben, und die möchten wir ihnen jetzt bitte bringen. Wenn man das aufaddiert hätte, hätte das natürlich die Finanzkraft des Landes Hessen über kurz oder lang überfordert.

Wir hatten mit dem Programm – das muss man einfach sagen – auch unerfüllbare Erwartungen geweckt. Wenn man in dem Buch blättert, kann man das sehr schnell feststellen und beobachten. Aber das ist ja durch die deutsch-deutsche Währungsunion abgelöst worden, und es ist auch abgelöst worden durch das, was wir heute noch zahlen, den Solidaritätsbeitrag, und durch andere Programme, die dann auf der Bundesebene anstelle des hessischen Programms Platz griffen.

Christopher Plass:

Herr Nassauer, können Sie noch ein bisschen aus dem Innenleben Ihrer Parteidiskussion berichten, zum einen zu dem Thema: Wird uns das möglicherweise haushaltstechnisch überlasten?

Aber mir geht es auch um die Frage, die Herr Wallmann in diesem Fernsehbericht angeschnitten hat, nämlich: Was kommt da mit einer möglichen Währungsunion auf uns zu? Welche Rolle hat das gespielt? Ist da mit der Zeit auch eine gewisse Vorsicht eingekehrt?

Hartmut Nassauer:

Daran kann ich mich im Augenblick eher nicht erinnern. Es ist wahrscheinlich schwierig, sich die damalige Zeit und diese gewaltige emotionale Welle vorzustellen, wenn man sie nicht selbst miterlebt hat. Das noch einmal nachzuvollziehen – das leuchtet mir ein –, ist schwierig. Aber wir waren damals gefangen von diesem Gedanken, dass eigentlich völlig überraschenderweise diese Grenze auf einmal weg war.

Wie gesagt, was sich daraus im Einzelnen für Deutschland oder zwei „Deutschländer“ ergeben würde, das war noch völlig offen. Aber je-

denfalls war die Grenze weg, der Schießbefehl war weg. Wir konnten hinüberfahren, sie konnten zu uns herüberkommen. Das war das entscheidende Element. Das wurde allgemein positiv aufgenommen.

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Manfred Kanther, der natürlich völlig zu Recht – das war seine Pflicht – der Sparkommissar der Regierung war, hier irgendwo gebremst hätte. Er kommt ja selbst aus Thüringen. Das war für ihn bestimmt noch bewegender als für alle anderen, die um ihn herum saßen. Da saß kein Bremser. Er hat versucht, das sinnvoll zu steuern, im Rahmen unserer Möglichkeiten zu halten. Ich denke, das ist auch gelungen. Etwas anderes hätte sich damals auch angesichts des Überschwanges, den es gab, wohl nicht durchsetzen lassen.

Christopher Plass:

Herr Wilke, Sie haben schon mehrfach darauf hingewiesen, dass es in dieser Koalition auch immer mal wieder Kontroversen gegeben hat. Können Sie uns daran noch einmal ein bisschen teilhaben lassen? Denn gerade in einer so entscheidenden Phase, in der relativ viel gemeinsames Handeln erforderlich war, ist es ja besonders reizvoll, wenn zwei Koalitionspartner in Einzelfragen unterschiedlicher Meinung waren. Worum ging es?

Otto Wilke:

Es ging unterschwellig noch um die Frage der Anerkennung der Ostgrenze. Der Bund der Vertriebenen war in der CDU stark verankert. Das war nicht alles heilig. Es war auch nicht klar, dass das am Ende Europa ist. Über die Oder-Neiße-Grenze hatten wir uns ja schon in den Siebzigerjahren auseinandergesetzt. Das hatte bis dato keine Rolle gespielt. Geholfen haben Kohl und Genscher, die sich dazu ohne Wenn und Aber bekannt haben. Das hat nicht in allen Bereichen Begeisterung ausgelöst. Dann ist eine Entscheidung getroffen worden. Jetzt kann man eventuell sagen: Die Entscheidung ist halt zum Guten getroffen worden.

Christopher Plass:

Bemerkenswert fand ich die Einwendung Ihres Fraktionskollegen Pfeil in dem Fernsehbeitrag. Er reagiert ja auf den damaligen CDU-Generalsekretär Jung und sagt: Das klingt mir noch ein bisschen sehr nach Kaltem Krieg. – Gab es diese Diskussion? Ist es das, was Sie meinen?

Otto Wilke:

Das ist nicht immer alles offen ausgesprochen worden. Es gibt ja auch manchmal Stimmungen, die man unterschwellig feststellt, die dann überdeckt werden. Walter Wallmann war so überzeugt von diesem Programm, dass ihn das alles in seinen Entscheidungen nicht behindert hat. Die waren abgesprochen, wurden umgesetzt. Da ist natürlich dann auch der Eindruck entstanden, den Kollege Welteke hatte: Es ist alles vorbereitet.

Die Vorbereitung war aber auch in der Koalition nicht so, dass wir uns eine halbe Stunde zusammengesetzt haben und dann mit dem Ergebnis rausmarschiert sind, sondern wir haben es immer wieder mit Fragezeichen verbunden: Wenn das so gemacht wird, muss das andere so passieren.

Die Projekte im Denkmalschutz waren etwas, was sich aus dem Engagement von Kiesow ergab, der sich da als Hesse darstellen konnte und dies genutzt hat.

Christopher Plass:

Herr von Plottnitz, vielleicht versuchen Sie einmal, 25 Jahre zurückzugehen und sich sozusagen noch als GRÜNER zu fühlen – der Sie natürlich auch jetzt noch sind.

(Heiterkeit – Rupert von Plottnitz: Das fällt mir nicht schwer!)

Wenn man sich ein bisschen mit jener Zeit beschäftigt und das nachliest, kommt auch immer wieder der von der Opposition gehegte Vor-

wurf, im Grunde genommen habe sich die Hessen-CDU letztlich mithilfe dieses Programms Thüringen schrittweise politisch erobert. War das damals bei Ihnen in der GRÜNEN-Fraktion ein Punkt, oder haben Sie gesagt: „Das ist mir jetzt zu viel Klein-Klein“?

Rupert von Plottnitz:

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in den Augen der damaligen Fraktion die CDU in Hessen als eine Art Imperator in Bezug auf Thüringen wahrgenommen worden ist. Das war alles nicht unser Problem. Dieses Programm, das hier jetzt schon diverse Male angesprochen worden ist, wurde von uns genauso mitgetragen wie von allen anderen Fraktionen. Wir waren auch in dem Beirat vertreten.

Das, was uns interessierte, war natürlich: Wie steht es in der Tat mit der Frage der Einheit und/oder Demokratie? Das waren die entscheidenden Punkte. Wenn man die Positionen, wie sie damals im Hessischen Landtag bis Februar/März vertreten worden sind, einmal abklopft, würde ich sagen: Es gab die CDU, die tatsächlich ihre Hoffnung – ohne Vorwegnahme des Ergebnisses – schon sehr stark auf die Einheit gerichtet hatte. In Teilen der CDU gab es nach meiner Erinnerung durchaus so etwas wie die Versuchung, aus der Einheit dann im Übermaß eine nationale Frage zu machen, aber nur in Teilen. Das muss man auch dazusagen.

Bei uns war es anders. Wir haben gesagt: Für uns stehen im Zentrum aller Fragestellungen nur die Herstellung demokratischer, rechtsstaatlicher Verhältnisse und die Sicherheit der Bürger- und Menschenrechte. Wir haben aber auch immer gesagt: Wenn sich in der DDR eine demokratische Mehrheit für die Einheit findet, sind wir die Letzten, die Nein sagen würden.

Was bei uns keine Rolle spielte – im Gegensatz zur SPD –, war die Frage, die damals zu Recht in der Politik eine Rolle spielte: Müssen wir zum Beispiel im Falle einer Einheit und ihrer Aufgaben nicht mit einer fürchterlichen Schwächung der D-Mark rechnen? Das waren Überlegungen, wie sie mehr von Lafontaine und anderen geäußert worden sind. Das hat uns nicht interessiert.

Wir hatten keine Angst vor der Einheit für den Fall, dass sich Mehrheiten dafür ergeben würden. Wovor wir allerdings Angst hatten – das war auch plausibel –, waren die Ängste in den europäischen Nachbarstaaten vor dem Auftreten eines wiedererstarkenden Deutschland. Dafür gab es ja sehr plausible historische Gründe. Diese Ängste gab es übrigens nicht nur bei uns. Dafür kann man auch die Protokolle vom 14. November nachlesen.

Es war das Verdienst von Menschen wie Kohl und Wallmann, dass sie immer gesagt haben, auch gegen Teile ihrer Partei: Es geht nicht nur um die nationale Frage, es geht immer um die Einheit als Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses. Ohne diese Geschichte wäre das auch nicht gutgegangen mit Mitterrand und Frau Thatcher, und wie sie alle hießen.

Man darf auch nicht vergessen: Die Bereitschaft, das als Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses zu sehen und zu nehmen, ist dadurch am massivsten zum Ausdruck gebracht worden, dass die D-Mark abgeschafft wurde und der Euro eingeführt wurde. Das war der Preis, den die Bundesrepublik zur Beschwichtigung und zur Dämpfung der Ängste, die es durchaus gab, bezahlt hat.

Christopher Plass:

Herr Welteke, ich versuche es bei Ihnen noch einmal: War Parteipolitik ein Thema? Thüringen ist seit 150 Jahren das SPD-Stammland.

Ernst Welteke:

Ich wollte erst noch einmal darauf aufmerksam machen: Wir hatten ja mehrere deutschlandpolitische Debatten, eigentlich jeden Monat, nachdem die Mauer gefallen war. Wir haben dann auch gemeinsame Beschlüsse gefasst, nicht alle immer einstimmig, aber mehrheitlich einstimmig.

Unser Anliegen in der SPD-Fraktion – darauf hat Otto Wilke eben hingewiesen; heute kann man das aus den Protokollen, glaube ich, gar nicht

mehr nachvollziehen – war, dass in diesen gemeinsamen Beschlüssen des Hessischen Landtags ein positives Votum zur polnischen Westgrenze verankert wird. Das war unser Bemühen. Es war nicht so, dass die ganze hessische CDU auf dem Pfad war, die polnische Westgrenze als endgültige Grenze zu akzeptieren. Aber das war aus unserer Sicht eine Voraussetzung für ein wiedervereinigtes Deutschland innerhalb eines vereinigten Europa.

Zu der Frage, die Sie anschneiden: Ich kann mich nicht erinnern, dass das eine Rolle gespielt hat. Natürlich hat uns Sozialdemokraten im Frühjahr 1990 „gewurmt“, dass durch die „Allianz für Deutschland“ die CDU personelle Strukturen, finanzielle Strukturen, organisatorische Strukturen in der DDR übernehmen konnte, über die die Sozialdemokraten überhaupt nicht verfügten.

Wenn ich das richtig sehe, hatte zum Zeitpunkt der Volkskammerwahlen im März 1990 die CDU in Thüringen ca. 25.000 Mitglieder, während die Sozialdemokraten so gut wie gar kein Mitglied hatten. Wie sollten wir da in dieser Zeit Wahlkampf machen? Das hat dann sehr stark auf das Wahlergebnis abgefärbt.

Ich bin als Fraktionsvorsitzender der hessischen SPD im Frühjahr 1990 mehrere – man kann fast sagen – Wochen in Thüringen gewesen und habe Plakate ausgefahren. Ich habe nicht mit irgendwelchen Leuten verhandelt, sondern ich habe Plakate ausgefahren und Handzettel verteilt, während das für die CDU die 25.000 Mitglieder machten, die es in Thüringen gab. Wir hatten keinen, der Plakate klebte, der Handzettel austeilte und Ähnliches. Das hat natürlich in gewisser Weise frustriert.

Bei jedem Mitglied, das die Sozialdemokraten in Thüringen aufnehmen wollten, stellte sich ja sofort die Frage: Was ist das denn für einer? Wo kommt der denn politisch her?

Was ich in dieser Runde einmal fragen wollte, was mir durch den Kopf ging: Wir hatten ja in allen Parteien Stasileute an der Spitze. Frau Lieberknecht hat eben den „Brief aus Weimar“ erwähnt, und der Besuch von Herrn Wallmann in Berlin ist auch erwähnt worden. Herr Kirchner

war einer der vier, die den Weimarer Brief unterschrieben haben. Herr Kirchner war der Generalsekretär der CDU in der DDR, mit dem Herr Wallmann und Franz Josef Jung gesprochen haben. Das war ein Spitzel. Bei uns war es Ibrahim Böhme. Bei dem Demokratischen Aufbruch war es Herr Schnur.

Ich frage mich heute, ob nicht alle Organisationen in der DDR zu diesem Zeitpunkt von der Stasi zentral unterwandert gewesen sind, um diesen demokratischen Aufbruch in der DDR zu verhindern. Frau Lieberknecht, ist das einmal irgendwo aufgearbeitet worden? Denn wirklich alle hatten diese Probleme.

Christine Lieberknecht:

Das ist ja auch, ehrlich gesagt, nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, wie die Staatssicherheit alle Lebensbereiche durchdrungen hat und natürlich bei diesen Neugründungen und auch bei den etablierten Parteien mit am Tisch saß. Es ist dann relativ schnell ein Thema geworden, aber noch nicht im Januar/Februar.

Am 18. März war die Volkskammerwahl. Am Mittwoch davor ist die Schnur-Geschichte aufgefliegen. Ich glaube, die Sache mit Ibrahim Böhme war schon etwas davor. Martin Kirchner war dann im Sommer Thema.

Natürlich wurde vonseiten der Staatssicherheit oder auch in der zweiten Reihe der SED mitgewirkt, weil sie auch Vorstellungen von Veränderungen hatten und gesehen haben, dass das System so nicht weiter bestehen wird. Sie wollten dann für sich eben auch irgendwelche Übergänge organisieren. Das ist schon auch Teil der Geschichte.

Christopher Plass:

Ich würde Ihnen allen zum Abschluss gerne dieselbe Frage stellen, mit der Bitte um eine kurze Antwort. Wir haben jetzt 25 Jahre hinter uns. Natürlich sieht man heute einiges anders als damals. Wenn Sie es heute noch einmal betrachten, mit den Erfahrungen, die Sie damals gemacht haben: Was würden Sie bei einem solchen Programm anders

machen? Was müsste man heute möglicherweise gezielter machen? Wo könnte man in vergleichbaren Situationen heute anders ansetzen?

Otto Wilke:

Ich glaube, wir würden nichts anders machen. Das Programm hat seine Wirkung gehabt. Das war das Entscheidende. Politisch hat es unterschiedliche Wirkungen gehabt. Der Koalition in Hessen hat es im Wahlkampf 1991 nichts genutzt. Da hatten die Bürger den Eindruck: Das war ein hessisches Programm, getragen von allen. Das war in Thüringen etwas ganz anderes. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen.

Ich finde, man kann nachher immer vieles besser machen. Ich möchte aber abschließend sagen: Wenn wir an die heutige Situation denken, die wir in der Ukraine haben, die wir in Europa haben, dann sollten wir auch einmal daran zurückdenken, wie wir angefangen haben. Das war in den letzten Jahren dann kein erfolgreicher Weg, wie wir in Europa festgestellt haben. Da sollten wir auf das zurückgreifen, was uns damals Erfolg gebracht hat.

Ernst Welteke:

Ich knüpfe an meine erste Antwort auf Ihre Frage an: Dieses Ereignis des Zusammenbruchs des Ostblocks und des Wegfalls der Mauer wäre eigentlich ein Anlass gewesen, in Deutschland eine Allparteienregierung zu errichten und zu versuchen, mit allen politischen Kräften gemeinsam die anstehenden Probleme zu lösen, und nicht weiter in dem parteipolitischen Hader verhaft zu bleiben, wie das dann der Fall gewesen ist.

Das hat aber nichts mit unserem Thüringen-Programm zu tun. Ich wüsste nicht, was man da hätte anders machen sollen.

Rupert von Plotnitz:

Den politischen Streit wegen der deutschen Einheit abzuschaffen und eine Allparteienregierung zu bilden – da kann ich nur sagen: Gott sei Dank ist das nicht geschehen!

Streit und Hader gehören zur Demokratie, auch wenn wir damals im Landtag viel konsensorientierter diskutiert haben. Das war aber eine Ausnahme. Insofern würde ich das nicht sagen.

Aber eines finde ich im Rückblick traurig. Insofern gäbe es aus meiner Sicht schon etwas, was man anders und besser machen könnte. Man darf ja nicht vergessen: Die Tatsache, dass in der Ex-DDR Bürgerinnen und Bürger auf der Straße die Demokratie gewaltfrei erkämpft haben, war etwas völlig Neues für deutsche Verhältnisse. Im Gefolge dieser Entwicklung gab es eine Verfassungsreformdebatte, auch in Westdeutschland, auch bezogen auf die vereinigte deutsche Bundesrepublik.

Ich verstehe bis heute nicht, warum es damals nicht den Mumm gegeben hat – die SPD hat es mit vertreten und vorgeschlagen; die GRÜNEN waren damals, glaube ich, gar nicht im Bundestag vertreten – zur Ergänzung der repräsentativen Momente des demokratischen Systems durch direktdemokratische als Folge dessen, was in der DDR erkämpft worden ist und gemacht worden ist. Das hätte ich mir schon gewünscht. Dafür gab es aber keine Mehrheiten.

Wenn ich mir so manche aktuelle Entwicklung in der Bundesrepublik anschau, dann frage ich mich, ob man manches, was jetzt eine Rolle spielt, nicht hätte verhindern können, wenn man damals den Mut gehabt hätte, mehr direktdemokratische Momente im Grundgesetz zuzulassen.

Hartmut Nassauer:

Ich finde auch im Nachhinein, dass das Programm richtig war, aus dem Empfinden der damaligen Zeit heraus. Das ist auch jetzt noch richtig. Ich glaube nicht, dass man grundsätzlich irgendetwas anders machen sollte. Wir haben das damals Mögliche getan. Die Entwicklung hat sich eingefügt in das, was dann in Deutschland geschehen ist, der Weg zur deutschen Einheit. Das alles ist auch in die europäische Integration eingebunden worden.

Es ist eben die Frage nach der Oder-Neiße-Grenze aufgekommen. Das ist in der CDU-Landtagsfraktion damals mit keinem Wort auch nur diskutiert worden. Es ist niemand auf den Gedanken gekommen, bei dieser Gelegenheit etwa die Oder-Neiße-Grenze infrage zu stellen.

Das gute Verhältnis, das zum Beispiel Deutsche aller Fraktionen im Europäischen Parlament zu den Polen haben, hat seinen Ursprung auch darin, dass die Polen zuversichtlich waren, den Weg zur deutschen Einheit wohlwollend begleiten zu können, ohne ihre eigene Grenze mit den Deutschen infrage stellen zu müssen.

Noch einmal: Ich glaube, dass das damals richtig gewesen ist. Walter Wallmann hat vieles richtig gesehen und vermittelt. Deswegen denke ich: Wir können auch ein bisschen stolz darauf sein, dass wir das damals angepackt haben.

Christopher Plass:

Frau Lieberknecht, mit Ihnen würde ich ganz gerne einen Sprung in die Gegenwart machen. Sie haben ja schon gesagt, welche Auswirkungen das Aktionsprogramm in Thüringen gehabt hat. Sie haben in den letzten Jahren an vorderer Stelle die thüringische Landespolitik mitbestimmt. Nun haben wir ja ein Thema, das auch mit Geld aus Hessen zu tun hat, nämlich die Zukunft des Länderfinanzausgleichs. Viele sagen, 2015 könnte in der Frage eines neuen Reformmodells eventuell entscheidend sein.

Würden Sie sagen, aus dem, was diese beiden Länder in ihrer Geschichte verbunden hat, auch in der jüngsten Geschichte, wäre es ein besonderer Auftrag für Hessen und Thüringen, da gemeinsam voranzuarbeiten, obwohl man als Geber- und Nehmerland unterschiedliche Interessen hat?

Christine Lieberknecht:

Der Länderfinanzausgleich ist jedenfalls kein Thema, das Hessen und Thüringen in irgendeiner Spannung bringen würde; denn bei al-

len Debatten, die ich auch mit Volker Bouffier zusammen führe, sind wir uns immer einig gewesen, dass man Solidarität übt, auch nach wie vor mit den Ländern im Osten Deutschlands, dass aber natürlich auch eigene Anstrengung belohnt werden muss. Das ist dieser solidarische Wettbewerbsföderalismus, wie wir das etwas technisch nennen. Von daher sind wir diesbezüglich durchaus auf einer Linie, was mich betrifft. Die neue Regierung wird sich da möglicherweise etwas anders positionieren. Das wird man dann sehen.

Aber wir brauchen insgesamt eine Verträglichkeit, eine Plausibilität zwischen dem, was objektive Maßstäbe in der Einnahme von Geld sind, und dem, wo Hilfe zur Selbsthilfe geboten werden muss. Ich hatte ja noch einen Deutschlandfonds in die Debatte gebracht, mit dem temporär dort, wo in bestimmten Regionen, auch in westdeutschen Ländern – es geht nicht mehr nach Himmelsrichtung –, Hilfe gebraucht wird, auch Hilfe geleistet wird und man sich aber ansonsten doch so einrichtet, dass man mit dem, was man hat, auch auskommen kann.

Ein Bereich, bei dem ich mit gutem Gewissen in den Spiegel schauen kann, ist, dass es Thüringen geschafft hat, in den vergangenen fünf Jahren in Summe nicht mehr zulasten der kommenden Generationen zu wirtschaften. Wir haben es mit ziemlich großen Sparanstrengungen geschafft, mit dem zurechtzukommen, was wir haben, und sind damit auf einem guten Weg.

Es ist schon eine sehr große Belastung, die Hessen da tragen muss. Wenn Sie alleine den Haushalt gestalten könnten, bräuchten Sie auch keine Schulden mehr aufzunehmen. Es wäre wichtig, dass man das einmal evaluiert und dann gemeinsam schaut, wo tatsächlich die Lasten sind, die man noch schultern muss, und wo Eigenverantwortung gefragt ist. Ich glaube, da kann man auf einen guten Weg kommen, aber das ist eben auch noch ein Stück politische Debatte.

Christopher Plass:

Meine Damen und Herren, der Abend ist noch nicht zu Ende. Draußen gibt es noch einen kleinen Empfang. Es sind viele Stichworte für die weitere Diskussion bei einem gemeinsamen Glas Wein oder Häppchen gefallen.

Ich sage abschließend vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Wir sehen uns in 25 Jahren wieder, denke ich. Einen schönen Abend noch!



v. l. n. r.: Otto Wilke, Ernst Welteke, Christine Lieberknecht, Hartmut Nassauer, Rupert von Plottnitz, Norbert Kartmann

„25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT“

Schülerseminar vom 3. bis 5. Februar 2015

Teilnehmer: 16 Schülerinnen und Schüler der Gutenbergschule
Wiesbaden, Leistungskurs Politik und Wirtschaft, Q3
18 Schülerinnen und Schüler der Oranienschule
Wiesbaden, Leistungskurs Geschichte, Q4
5 Schülerpraktikantinnen und -praktikanten des
Hessischen Landtags

Leitung: Dr. Carmen Everts, Axel Knoblich
(Hessische Landeszentrale für politische Bildung)
Susanne Baier, Hubert Müller
(Kanzlei des Hessischen Landtags)



Schülerinnen und Schüler des Seminars besuchen mit Norbert Kartmann, Joachim Jauer und Dr. Carmen Everts die Ausstellung „Von der friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit“ im Plenargebäude

Einleitung

Im Herbst 1989 hat sich in der DDR mit der Friedlichen Revolution eine Zeitenwende vollzogen, die zum Fall der Mauer und innerdeutschen Grenze führte und schließlich in die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten mündete. Aber nicht nur dort, im ganzen ehemaligen Ostblock war in dieser Zeit der Wind der Veränderung zu spüren, der durch den Freiheitswillen der aufbegehrenden Bürger in vielen osteuropäischen Staaten, aber auch durch den Politikwechsel der sowjetischen Staats- und Parteiführung erheblichen Auftrieb gewann. Nicht nur die deutsche Geschichte nahm eine glückliche Wendung, für ganz Europa eröffnete sich mit der Grenzöffnung und den Umbrüchen in verschiedenen Ländern Osteuropas die Perspektive des Einigungsprozesses.

Der Aufgabe, den Jugendlichen von heute, die all diese Ereignisse nur noch aus den Geschichtsbüchern kennen, diesen weltverändernden Umbruch vor 25 Jahren näherzubringen, widmete sich in der Plenarwoche vom 3. bis 5. Februar 2015 ein Schülerseminar im Hessischen Landtag, das gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und sachkundigen Referenten durchgeführt werden konnte.

Anlässlich der Gedenktage wurden unter der Überschrift „25 Jahre Mauerfall und Deutsche Einheit“ die Schülerinnen und Schüler am ersten Tag mit der Geschichte des SED-Regimes und der deutschen Teilung sowie insbesondere auch mit der Arbeit der Staatssicherheit vertraut gemacht („Ein Volk unter Verdacht. Die SED-Diktatur und die Staatssicherheit“). Am zweiten Tag haben die Schülerinnen und Schüler zunächst mit einer Fragebogen-Rallye in der Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der Chronik der Ereignisse nachgespürt. In den beiden folgenden Zeitzeugengesprächen mit dem Journalisten Joachim Jauer („Wie der Eiserne Vorhang Risse bekam“) und dem ehemaligen Regierungssprecher der Regierung de Maizière, Matthias Gehler („Der Beitritt. Die letzte Regierung der DDR“), konnten die Jugendlichen aus erster Hand einen Eindruck von den epochemachenden Ereignissen 1989/90 und ihrer Vorbedingungen gewinnen.

Am dritten Tag konnte die „Generation Einheit“ sich im Rahmen einer Gruppenarbeit zum Thema „Erfolge, Probleme und Perspektiven der Deutschen Einheit“ selbst mit den Folgen und aktuellen Fragen des Einigungsprozesses auseinandersetzen und diese mit dem Präsidenten des Hessischen Landtags, Norbert Kartmann, diskutieren. Das facettenreiche Programm und vor allem die Schilderungen der beiden Zeitzeugen verfehlten ihre Wirkung bei den Schülerinnen und Schülern nicht, wie der folgende Seminarbericht zeigt.



v. l. n. r.: Axel Knoblich, Dr. Axel Janowitz, Norbert Kartmann, Dr. Carmen Everts



Schülerinnen und Schüler im Seminar

1. Tag:

Ein Volk unter Verdacht. Die SED-Diktatur und die Staatssicherheit

Was wissen Schülerinnen und Schüler heute noch über die SED-Diktatur und ihre glückliche Überwindung? Ist für sie vorstellbar, wie ein ganzes Volk im eigenen Land eingesperrt und durch den eigenen Geheimdienst im privaten und beruflichen Umfeld bespitzelt wurde? Was lernen sie aus den Beispielen des Mutes und der Zivilcourage, die die aufbegehrenden Menschen in der DDR-Opposition gezeigt haben? Diese Fragen waren Leitmotiv für den ersten Tag des Seminars.

Dr. Carmen Everts von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung führte die Schülerinnen und Schüler anhand zentraler Ereignisse und Bilder durch die 40-jährige DDR-Geschichte. Dabei erinnerte sie an die Teilung Deutschlands und die doppelte Staatsgründung 1949, aber auch an den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 – der verzweifelte und mutige, aber leider gescheiterte Versuch, sich den wachsenden Repressionen und der Sowjetisierung der DDR zu widersetzen. Sie zeigte auf, dass nach dem Mauerbau 1961 einerseits eine Stabilisierungsphase in der DDR einsetzte, dass aber andererseits auch während des 40-jährigen Bestehens der DDR mehr als drei Millionen Menschen geflüchtet sind und schätzungsweise 1.000 von ihnen bei ihrem Fluchtversuch den Tod gefunden haben.

Trotz der Repressalien der SED-Diktatur und ihres Unterdrückungsapparates haben sich immer wieder oppositionelle Kreise gefunden und gegen das System aufbegehrt – in der Kirche, in der Jugend- und Studentenszene, unter Künstlern und Intellektuellen. Diese Opposition und die zunehmende Unzufriedenheit, aber auch die wachsende Zahl der Ausreisewilligen und Flüchtenden habe in den 1980er-Jahren den Führungsanspruch und das Machtgefüge der SED immer stärker ins Wanken gebracht und schließlich zur friedlichen Revolution 1989 und einem neuen, politischen Selbstbewusstsein der DDR-Bürger geführt. Aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ folgte Ende 1989 die Forderung „Wir sind ein Volk“, die mit der ersten freien, demokratischen Volkskammerwahl am 18. März 1990 und dem überzeugenden Votum für das Parteienbündnis

„Allianz für Deutschland“ auch das neugewählte Parlament erreicht hat. Die dort gebildete letzte Regierung der DDR unter Führung von Ministerpräsident Lothar de Maizière habe in kürzester Zeit gemeinsam mit der Regierung Kohl die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und den Einigungsvertrag vorbereitet sowie als unverhoffter Akteur auf der Weltbühne auch außenpolitisch in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen die Voraussetzungen für die Einheit Deutschlands geschaffen – ein Thema, das am zweiten Seminartag mit dem Zeitzeugen Matthias Gehler vertieft werden sollte.

Um die Diktaturerfahrung und den Mut der aufbegehrenden DDR-Bürger besser einschätzen zu können, erklärte Dr. Axel Janowitz, Referent für Bildungsarbeit für Schüler, Studierende und Lehrkräfte beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), im Anschluss, wie dieser Repressionsapparat der SED-Führung gearbeitet hat. Zur Einführung sahen die Schülerinnen und Schüler den Unterrichtsfilm „Ein Volk unter Verdacht – Die Staatssicherheit der DDR“, in dem eine junge Reporterin im Dialog mit dem Experten Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk und mit Zeitzeugen die Frage klärt, was die Stasi war, wie diese gearbeitet und wie der Alltag der Verfolgung und Bespitzelung ausgesehen hat. Axel Janowitz vertiefte die Eindrücke im Anschluss – mit einer Gruppenarbeit.



Schülerinnen und Schüler bei der Präsentation der Gruppenarbeit

Zeitzeugengespräch mit Dr. Axel Janowitz, Referent für Bildungsarbeit für Schüler, Studierende und Lehrkräfte beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)

Axel Janowitz erläuterte den einmaligen Fall, dass die Unterlagen der DDR-Geheimpolizei fast von einem auf den anderen Tag gesichert werden konnten und die politische Entscheidung getroffen wurde, diese Akten öffentlich zugänglich zu machen.

Am Beispiel von Auszügen aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS oder „Stasi“ genannt) zu dem Operativen Vorgang (OV) „Signal“ konnten sich die Schülerinnen und Schüler ein anschauliches Bild über die komplexen Strukturen sowie die Methoden des MfS machen. Der Operative Vorgang „Signal“ umfasst sämtliche Aktenvermerke in den Sachen Anbringen von Losungen bzw. Symbolen, die sich gegen die DDR richteten (z. B. „DDR – eingesperrt“, oder „Wir sind mündig doch wir haben nichts zu sagen“) auf Wände und Mauern im Innenstadtbereich von Rostock in der Nacht vom 2. auf den 3. September 1985.

Der Vorgang umfasst Protokolle und Beobachtungsberichte des MfS, Berichte von Informellen Mitarbeitern (IM) des MfS, Vernehmungsprotokolle verdächtiger Jugendlicher, Verhaftungsprotokolle, Verpflichtungserklärungen zur Mitarbeit beim MfS, Anträge zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR (Ausreiseanträge) sowie persönliche Briefe an Freunde. Mit dieser Quelle konnten sich die Schülerinnen und Schüler eindrucksvoll in die Lebenswelt der Jugendlichen in der DDR hineinversetzen, die wegen staatskritischer Ansichten kriminalisiert, verfolgt und unterdrückt wurden. Mit den Losungen bzw. Symbolen drückten die Jugendlichen ihre Situation in der DDR aus: Sie fühlten sich extrem unterdrückt, hatten kaum Rechte, kaum Freiheiten. Kritik gegen den Staat wurde mit physischer und psychischer Folter bestraft.

Die Erkenntnis, wie weit Anspruch und Wirklichkeit in Bezug auf das Ideal der Freiheit und der Menschenrechte in der DDR auseinanderklafften,

wurde in der Gruppenarbeit ebenso diskutiert wie die Frage, welche Folgen die Verhaftung für das weitere Leben der Jugendlichen hatte. Welche Möglichkeiten und Grenzen der strafrechtlichen Rehabilitation und Haftentschädigung existierten für diese Menschen in der Bundesrepublik nach 1992? Wie gingen die neue, demokratisch verfasste DDR ab dem Jahr 1990 und danach die Bundesrepublik mit den zahlreichen IMs bzw. den Hauptamtlichen Mitarbeitern der Stasi – insgesamt ca. 91.000 Personen zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der DDR – um? Wie geht eine Demokratie mit Menschen um, die dieses System, diese Diktatur gestützt haben?

Für Schülerinnen und Schüler ist es wichtig, so Janowitz, eine Vorstellung davon zu haben, was die Stasi für ein Staatsapparat war. Heute beziehen sich noch viele Debatten darauf: Es wird von Stasi-Methoden gesprochen, beispielsweise wenn Firmen ihre Mitarbeiter überwachen.

Was unterscheidet aber die Stasi von den heutigen Sicherheitsdiensten in einer Demokratie?

Von der Gründung der DDR bis zur Friedlichen Revolution hat die Stasi immer in Abstimmung mit der Parteiführung der SED die Menschen in der DDR beobachtet, verfolgt und unterdrückt. Damit ist die Geschichte der Herrschaft der SED nicht zu denken ohne deren zentrales Herrschaftsinstrument, die DDR-Staatssicherheit. Neben den Säulen, die das totalitäre System der Herrschaft der SED sicherten, wie die Mauer in Berlin oder die Präsenz der sowjetischen Streitkräfte auf DDR-Gebiet, war es immer auch die Staatssicherheit, die als Repressions- und Kontrollorgan der Partei („Schild und Schwert der Partei“) deren Macht sicherte.

Die Debatte, warum man sich immer noch mit der Stasi beschäftigt, während heute weltweit Bespitzelung stattfindet, ist berechtigt. Beispielsweise wird zurzeit viel darüber diskutiert, in welcher Form Konzerne unsere Daten abschöpfen, um in unsere Leben einzugreifen. Alle diese Debatten hängen mit dem Thema „Stasi“ zusammen. Eine Antwort auf diese Fragen könne nicht gegeben werden. Aus der Diskussion müsse jede Schülerin und jeder Schüler seinen eigenen Weg finden, damit politisch umzugehen, beschloss Janowitz die Diskussion.





2. Tag:

a) Ausstellung „Von der Friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit“

2014/15 jähren sich die Friedliche Revolution und die Wiedervereinigung Deutschlands zum 25. Mal. Aus diesem Anlass hat die Hessische Landeszentrale für politische Bildung eine Plakatausstellung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung auf Roll-ups für die historisch-politische Bildungsarbeit zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung wirft Schlaglichter auf die damaligen Ereignisse. Sie erinnert an den Protest gegen die Fälschung der DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989, an die Fluchtbewegung im Sommer und die Massenproteste im Herbst des Jahres, die die SED-Diktatur schließlich in die Knie zwangen. Sie berichtet von der Selbstdemokratisierung der DDR, der deutsch-deutschen Solidarität und den außenpolitischen Weichenstellungen bis zur Wiedererlangung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990. Auf zwei weiteren, ergänzend produzierten Ausstellungstafeln des Hessischen Hauptstaatsarchivs werden zudem das besonders enge Verhältnis von Hessen und Thüringen und die dort geleistete Aufbauarbeit nach der Wiedervereinigung gewürdigt.

Die Schülerinnen und Schüler waren mit einem Fragebogen durch die Ausstellung unterwegs, der ihr Interesse wecken und ihnen die Ereignisse durch Aufgaben und Fragen näherbringen sollte. Die Auswertung zeigte dann auch ein erfreuliches Ergebnis der Schülerrecherche.

b) Vortrag und Zeitzeugengespräche zum Umbruch 1989/90 mit Joachim Jauer, ehemaliger Korrespondent des ZDF in der DDR

„Urbi et Gorb. Wie der Eisener Vorhang Risse bekam“

Die Beschäftigung mit den epochenverändernden Ereignissen des Jahres 1989/90 wäre nicht vollständig ohne den Blick auf die Dekade vor dem Mauerfall und auf die Veränderungen in ganz Osteuropa und die dort handelnden Persönlichkeiten, allen voran Michail Gorbatschow. Den Schülerinnen und Schülern wurde diese Perspektive eröffnet durch den Zeitzeugenbericht von Joachim Jauer. Er war langjähriger Korrespondent des ZDF in der DDR und verfasste Ende der 1960er-Jahre als erster westdeutscher Korrespondent einen Fernsehbericht in Ostdeutschland. Vor allem durch die von ihm mitentwickelte und geleitete Sendung „Kennzeichen D“ prägte er das DDR-Bild der Westdeutschen in der damaligen Zeit und vermittelte ihnen einen Eindruck über das Leben jenseits der innerdeutschen Grenze. Dabei war seine Berichterstattung sehr gründlich und nah an den Menschen und den dortigen Verhältnissen – und das trotz schwierigster Rahmenbedingungen unter Beobachtung der Staatssicherheit und mit staatlicher Desinformation der DDR-Führung. Sein Blick war aber auch nachhaltig, denn „Kennzeichen D“ behandelte weiterhin deutsch-deutsche Themen, als das Interesse in der westdeutschen Öffentlichkeit nachgelassen und sich viele mit der Realität der deutschen Teilung bereits arrangiert hatten.

An den Anfang seiner Betrachtungen stellte Jauer das für ihn viel zu wenig beachtete Datum des 11. September 1989, des Tages der Grenzöffnung von Ungarn nach Österreich.

Wichtig waren ihm in seinem Vortrag für die anwesenden Schülerinnen und Schüler, vor allem einige Dinge, die seiner Meinung nach in der deutschen Erinnerungskultur übergangen werden oder zumindest zu kurz kommen, wenn die lange Vorgeschichte der deutschen Einheit betrachtet wird.

Ausgangspunkt des Umbruchs in Osteuropa mit Wirkung auf die DDR war für Jauer der 18. Oktober 1978, der Tag, an dem ein Pole, Karol

Josef Wojtyła, der als Johannes Paul II. bekannt wurde, zum Papst gewählt wurde. Dieser habe verkündet: „Habt keine Angst. Öffnet die Grenzen der Staaten und Gesellschaftsordnungen für die Freiheit, für Christus und seine rettende Macht.“ Seine erste Reise nach Polen mit seinen Reden, die wohl zehn Millionen Menschen dort erreichten, habe diesen Mut gemacht, sich gemeinsam für Veränderungen einzusetzen. Dies habe zu den Streiks in der Lenin-Werft im Sommer 1980 geführt, in deren Folge „Solidarność“, die polnische Gewerkschaft, gegründet wurde. In der Tschechoslowakei, so führte er auch an, sei die „Charta 77“ gegründet worden, in der DDR sei es hingegen ruhig geblieben.

Die Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU sei eine weitere Zäsur gewesen, betonte Jauer. Zwar sei dieser mit seiner Perestroika, den Reformen, gescheitert, was vor allem an Funktionsträgern gelegen habe, die diese nicht unterstützten. Mit „Glasnost“, der Idee der Offenheit, habe Gorbatschow aber aus Jauers Sicht die größte historische Leistung vollbracht. Von 1986/87 an habe dies zu großen Veränderungen der Sowjetgesellschaft geführt und bis 1991 seien die Sowjetbürger so frei gewesen wie nie zuvor.

Wichtig war ihm auch der Hinweis auf die Situation der Jugend in der DDR Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre, die von Perspektivlosigkeit gekennzeichnet gewesen sei und den Gedanken an Flucht hervorgerufen habe.

Hier nun schlug er den Bogen zurück nach Ungarn. Miklós Németh, vom November 1988 bis zum Mai 1990 ungarischer Ministerpräsident, habe im Frühjahr 1989 aus wirtschaftlichen Gründen entschieden, die Mittel für den Erhalt der Grenze, also einen Teil des Eisernen Vorhangs, zu streichen.

Am 2. Mai 1989 seien in Hegyeshalom, im Nordwesten Ungarns an der Grenze zu Österreich, nach einer Pressekonferenz überraschend erste Grenzanlagen abgebaut worden, woraufhin viele DDR-Bürger Reiseanträge dorthin gestellt hätten. Zehntausende Menschen seien in der Folge nach Ungarn gereist, um dann in den Westen zu fliehen.

Dies sei die Speerspitze der Revolution gewesen, denn die ersten Großdemonstrationen hätten unter dem Motto gestanden „Wir bleiben hier“.

In dem anschließenden Gespräch beantwortete Jauer noch Fragen der Schülerinnen und Schüler zum Verhalten von Németh, Gorbatschow und der DDR-Führung, zu seiner Arbeit als Korrespondent, zum Verhältnis von Ost- und Westdeutschen zueinander und zu Problemen der Wiedervereinigung Deutschlands. Zu Letzterem hielt er fest, dass die Kenntnisse im Westen über den Osten sehr gering gewesen seien, ebenso wie das Interesse, während man sich im Osten sehr für den Westen interessiert habe. Auch sei nicht beachtet worden, dass sich aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen unterschiedliche Mentalitäten entwickelt hätten.

Für die ehemaligen DDR-Bürger hätte die Wiedervereinigung oft auch sehr umfangreiche und schwierige Veränderungen in ihrem Leben bedeutet. So hätten etwa 70 Prozent ihren angestammten Beruf verloren und vieles sei neu zu organisieren gewesen.

c) Film und Zeitzeugengespräch mit Matthias Gehler

Der Beitritt. Die letzte Regierung der DDR.

Vor 25 Jahren, am 18. März 1990, fand die erste freie Volkskammerwahl in der DDR statt. Sie war ein Höhepunkt der Selbstdemokratisierung der Ostdeutschen und ein kraftvolles Votum für die Wiedervereinigung Deutschlands. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung haben die Bürgerinnen und Bürger in der DDR mit der Friedlichen Revolution ihre politische Selbstbestimmung zurückerkämpft und davon bei der Volkskammerwahl mit einer Wahlbeteiligung von nahezu 94 Prozent eindrucksvoll Gebrauch gemacht. Mit dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“, einem Wahlbündnis aus Ost-CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch, haben die Menschen in der DDR den Befürwortern einer schnellen Vereinigung den Rücken gestärkt und ihnen den klaren Auftrag zur deutschen Einheit gegeben. Der erste frei gewählte und zugleich letzte Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, führte eine Große Koalition aus den Allianzparteien, der SPD und den Liberalen, die sich über den zügigen Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes einig war.

Doch wie gelang es innerhalb von knapp 200 Tagen, das alte SED-Regime abzuwickeln und die Grundlagen für die Wiedervereinigung Deutschlands zu schaffen? Der Film von Hans Sparschuh und Rainer Burmeister „Der Beitritt – Die letzte Regierung der DDR“ zeichnet die Dynamik dieser Entwicklung, den enormen Zeitdruck für die Akteure und die sich ständig verändernden Rahmenbedingungen nach. Dabei ist es den Filmemachern gelungen, die individuelle Sicht der ehemaligen Minister, Staatssekretäre, der Oppositionsführer und politischen Berater in spannenden Zeitzeugeninterviews einzufangen. Die Dokumentation, die die Schülerinnen und Schüler aufmerksam verfolgten, orientiert sich an den wichtigsten Entscheidungen und Ereignissen in diesen sechs Monaten.

Matthias Gehler war einer dieser Protagonisten, nicht nur im Film, sondern auch persönlich für die Schüler im Gespräch erlebbar. Er wurde 1954 in Crimmitschau/Sachsen geboren und absolvierte zunächst eine

Ausbildung zum Elektriker, bevor er dann Theologie studierte und in den 1980er-Jahren als Abteilungsleiter für Jugendarbeit im kirchlichen Bereich und als Redakteur im Verlag „Neue Zeit“ arbeitete. In diesem Umfeld und auch durch seine Auftritte als Liedermacher war er verwurzelt in der DDR-Opposition. 1990 wurde er Staatssekretär und Regierungssprecher der ersten frei gewählten DDR-Regierung unter Leitung von Lothar de Maizière. Nach der Wiedervereinigung führte ihn der Weg zum neugegründeten Mitteldeutschen Rundfunk, wo er noch heute als Hörfunkchef von MDR 1 Radio Thüringen arbeitet.

Im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern zeichnete Matthias Gehler zunächst nach, wie der Lebensweg eines jungen Menschen im SED-Staat ausgesehen hat, der in einem christlichen Elternhaus aufgewachsen war und mit der ideologischen Durchdringung von Staat und Gesellschaft zunehmend nicht zurechtkam. So sei er beispielsweise nicht in den kommunistischen Jugendverband der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) eingetreten. Er erzählte den Jugendlichen von der Außenseiterposition, in die er immer mehr gedrängt worden sei. Die Schülerinnen und Schüler interessierte besonders, wie er den steten Widerspruch zwischen eigenen Überzeugungen und staatlicher Bevormundung und Bespitzelung durch die Stasi erlebt habe. Gehler schilderte das Leben in einer Art Schizophrenie mit dem Gegensatz kritischer Sichtweisen im Privaten und der steten Beobachtung und Vorsicht im Öffentlichen. Ohne den wachsenden Mut der Menschen, die sich mit den Verhältnissen nicht mehr zufriedengeben wollten und ihren Protest zunehmend offener artikulierten, ohne die Aktiven, die sich in Oppositionsgruppen engagierten oder auch auf die Straße gingen, hätte es die Friedliche Revolution 1989 nicht gegeben.

Eindrucksvoll war seine Schilderung der Innensicht aus den Jahren 1989/90, als nicht nur das SED-Regime nach und nach in sich zusammenbrach, sondern er selbst mit anderen Mitstreitern auf einmal die Geschicke der DDR auf einen neuen Weg führen sollte. Matthias Gehler berichtete von dem enormen Zeit- und Handlungsdruck, dem sich die Regierung de Maizière stellen musste. Sie habe sich als Anwalt der 16 Millionen Ostdeutschen gesehen mit dem Ziel, das alte System abzuwickeln und das Land sinnvoll in eine neue, geeinte Bundesrepublik

zu überführen. Dabei habe nicht alles glattgehen können und vielen unvorhergesehenen Problemen habe man sich stellen müssen, wie er an verschiedenen Beispielen aufzeigte. Insbesondere der wirtschaftliche Umbruch und die Veränderung der Lebens- und Arbeitssituation hätten den Menschen viel abverlangt. Gehler schilderte facettenreich, wie umfangreich der Handlungsbedarf für die neue Regierung gewesen sei, ob innenpolitisch bei der Schaffung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und dem Einigungsvertrag oder außenpolitisch bei den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen und im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den östlichen Nachbarn.

Für manche Frage habe die Zeit der Volkskammer nicht mehr gereicht bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990. Trotz allem betonte Matthias Gehler auf Nachfrage eines Schülers, dass er mit dem Prozess der Wiedervereinigung und der Entwicklung danach sehr zufrieden sei, auch wenn er beispielsweise mit der Arbeit der Treuhandanstalt an dem ein oder anderen Punkt hadere. Er erzählte den Schülerinnen und Schülern von der Bewunderung im Ausland, die für die deutsche Einheit und den Weg dorthin immer wieder geäußert werde. Für ihn relativiere sich dadurch auch die Kritik an Einzelaspekten des Einigungsprozesses: „Es hätte unter den gegebenen Bedingungen nicht besser laufen können“, so sein abschließendes Resümee.

3. Tag:

Abschlussgespräch mit Norbert Kartmann, Präsident des Hessischen Landtags

Norbert Kartmann: Meine Damen und Herren, liebe Schülerinnen und Schüler!

Das, was zwischen 1989 und 1990 passiert ist, hat die Bundesrepublik Deutschland, wie wir sie heute kennen, erst ermöglicht. Nach Jahrzehnten der Teilung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland wiedervereignet. Ein Volk muss seine Vergangenheit kennen, denn auf dieser Grundlage kann man die Zukunft besser gestalten. Das, was vor 25 Jahren hier geschehen ist, ist weltweit einmalig. Es ist deswegen einmalig, weil es zwar schon immer Teilungen von Staaten und Völkern gab, aber noch nie Wiedervereinigungen in dem Umfang, wie wir es erlebt haben. Es gibt nur ein weiteres Land, das sich in der Vergangenheit ebenfalls wiedervereignet hat – und zwar Vietnam. Und es gibt auch heute noch ein Land auf der Erde, das geteilt ist, nämlich Korea: Südkorea und Nordkorea.

Dass der 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung in all seinen Facetten in den Schulen behandelt wird, ist ein wichtiger Beitrag zur historisch-politischen Bildung. Viele von euch waren damals noch nicht geboren. Daraus ergibt sich natürlich, dass ihr einen schwierigeren Zugang zu dem Thema habt als die Menschen, die es miterlebt haben. Aus diesem Grund haben wir als Hessischer Landtag ein Schülerseminar mit dem Schwerpunktthema „Deutsche Teilung und Wiedervereinigung“ entwickelt, um einen Beitrag dazu zu leisten.

Vieles von dem, was damals passiert ist, ist für euch nur schwer vorstellbar. Die innerdeutsche Grenze war eine absolute Mauer, ein Todesstreifen. Wer die Grenze illegal überqueren wollte, lief Gefahr, erschossen zu werden. In der Nacht des 9. November öffneten sich diese Grenzen plötzlich und völlig unerwartet, ausgelöst durch einen einzigen Satz, der aus einem Missverständnis heraus entstand und abends in den Nachrichten gesendet wurde. Die Zeitzeugen haben euch davon berichtet.

Frage einer Schülerin: Herr Kartmann, haben Sie die DDR besucht, als die Mauer noch stand?

Norbert Kartmann: Ich war einmal in Eisenach. Ich war damals Religionslehrer und unterrichtete evangelische Religion. Die Religionslehrer aus dem Bezirk Wetterau und aus Gießen hatten sich damals zu einer lockeren Religionslehrgemeinschaft zusammengeschlossen und fuhren einmal im Jahr in die Heimatstadt von Martin Luther. Zu diesem Anlass war ich also in der ehemaligen DDR. Die Reise nach Eisenach war auch damals eher unproblematisch, weil die Stadt ja gleich hinter der damaligen Grenze lag.

Ich will die Frage durch folgende Sichtweise ergänzen: Welche Begegnung hatte ich mit dem System auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs? „Eiserner Vorhang“ – so haben wir die Grenzlinie genannt. Er ging durch ganz Europa. Das heißt, Länder wie Ungarn, Polen, Bulgarien, Slowenien, die Tschechoslowakei und die jugoslawischen Länder gehörten alle zum kommunistischen System.

Bei mir kommt etwas Besonderes hinzu, das ich kurz anschnitten möchte. In Europa gibt es Regionen, in denen im Laufe der letzten Jahrhunderte Bürger aus deutschen Ländern angesiedelt wurden. Katharina, eine aus Sachsen-Anhalt stammende Prinzessin, heiratete einen russischen Zaren. Nach seinem Tod wurde sie dann Katharina die Große, die erfolgreichste, aber auch die brutalste Zarin der Geschichte Russlands. Sie sandte Boten aus, um den Süden, die Gegend an der Wolga, und den Osten ihres Reiches, nämlich das Land hinter dem Ural, dort, wo heute Kasachstan liegt, zu besiedeln. Sie sagte: Ihr Deutschen, kommt zu mir nach Russland, ihr bekommt dort Land sowie Haus und Hof und könnt eine große Zukunft haben. Von denen, die dorthin gingen, stammen die heutigen Russlanddeutschen ab, die zum Teil zurückgekehrt sind, wie etwa die Wolgadeutschen.

In Südosteuropa gab es die Ungarndeutschen, die an der Donau lebten, und es gab die Donauschwaben, die in Serbien und im benachbarten Ungarn lebten. Ebenfalls gab es eine evangelische Gruppe in Siebenbürgen. Das ist das Land im Karpatengürtel. Wer eine Landkarte

hat, weiß, dass das ein großes Gebirge ist. Dort lebten circa 500.000 Menschen, deren Vorfahren aus dem Bereich des heutigen Luxemburg und des Bundeslandes Rheinland-Pfalz stammten. Sie sind vor 850 Jahren dorthin ausgewandert. Zu dieser Volksgruppe – einige leben noch heute in Rumänien – gehören meine Vorfahren. Ich bin hier geboren, mein Vater stammt aus Siebenbürgen.

Im Alter von elf Jahren habe ich zusammen mit meinem Vater, meiner Mutter und meinem Onkel zum ersten Mal diesen Vorhang „überwunden“ – über Österreich, Ungarn und Rumänien –, um so meine Großmutter kennenzulernen, die in Rumänien lebte. Seit dieser Zeit fahre ich regelmäßig nach Rumänien. Das heißt, ich kenne den Sozialismus unter Ceaușescu. Das ist eine Erfahrung, die ein Mensch nicht so schnell vergisst. Insofern ist die Frage „Haben Sie die DDR besucht?“ auch mit dieser Geschichte zu ergänzen, denn sie hat mich und meine innere Einstellung sehr geprägt.

Schülerin: Ich habe eine Frage dazu, wie die DDR bei Ihnen in der Schule dargestellt wurde. Wurde das Thema behandelt? Hat man darüber gesprochen?

Norbert Kartmann: Ich möchte dazu einen Vergleich anstellen. Ich wurde 1949 geboren und habe die Zeit des Nationalsozialismus nicht miterlebt. Als ich zur Schule ging, haben wir uns in dieser Phase der Nachkriegszeit in Deutschland mit schwierigen Prozessen der Vergangenheitsbewältigung und Aufarbeitung des Nationalsozialismus beschäftigt. Auschwitz und der damit verbundene Völkermord an den Juden ist für uns Deutsche bis heute ein nationales Trauma. Das ist eine geschichtliche Erfahrung, die auch heute noch prägend für uns alle ist.

Wir hatten damals Lehrer, die noch in der Zeit des Nationalsozialismus groß geworden waren und den Krieg und die schrecklichen Geschehnisse miterlebt hatten. Das war eine Zeit des Umbruchs – auch der gesamten Gesellschaft, die sich mit der Vergangenheit auseinandersetzte. Das war damals eine sehr spannende Zeit. Ebenso wie die Zeit der Wiedervereinigung, die ihr nicht miterlebt habt und mit der ihr euch

nun auseinandersetzen müsst. Es ist schwierig, das darzustellen und nachvollziehbar zu machen, eben weil ihr das nicht miterlebt habt.

Eine Gesellschaft braucht eine kritische Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit. Seit der Gründung der Bundesrepublik nach der Nachkriegszeit 1949 bis zur Wiedervereinigung 1990 hat es vier Jahrzehnte gedauert. Ohne den wichtigen Prozess der Auseinandersetzung wären wir wahrscheinlich nicht in der Lage gewesen, die Wiedervereinigung zu betreiben.

Schülerin: Wie haben Sie den Mauerfall persönlich erlebt? Kann man das Gefühl überhaupt in Worte fassen?

Norbert Kartmann: Wenn ich die zweite Frage mit Nein beantworte, müsste ich danach eigentlich schweigen. Ich saß vor dem Fernseher und habe mir die Nachrichten angeschaut. Danach liefen überall Sondersendungen über die sensationellen Ereignisse, mit denen niemand gerechnet hatte. Da saß dieser Herr Schabowski und sagte: „Wir haben heute beschlossen, dass der freie Übergang für die DDR-Bürger möglich ist.“ – Ein Journalist rief: „Ab wann?“ – Schabowski blätterte und sagte: „Eigentlich ab sofort.“

Ihr müsst verstehen, was dieses „ab sofort“ ausgelöst hat! Ich habe es damals im Fernsehen gesehen. Die Leute standen dicht gedrängt an den Zäunen und den Grenzübergängen. Meine ganze Familie saß vor dem Fernseher und weinte vor Freude. Diese Emotionen, das war etwas Unglaubliches. Das was dort gerade passierte, hätten wir uns nie vorstellen können. Und dann geschah dieses Unvorstellbare – die Mauer fiel.

Das, was damals passiert ist, ist emotional für euch aus heutiger Sicht noch weniger vorstellbar. Umso wichtiger ist es, dass ihr euch nicht nur in diesem Seminar mit der Thematik beschäftigt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit ist für alle Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland unglaublich wichtig, weil es ein Teil der deutschen Geschichte, unserer Geschichte ist, die unser Land bis heute geprägt hat und auch in Zukunft prägen wird. Vielen Dank für eurer Engagement beim Seminar.

SCHRIFTEN DES HESSISCHEN LANDTAGS

Heft 1 · Bioethik-Symposium des Hessischen Landtags am 17. November 2001
Wiesbaden 2002

Heft 2 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2004 im Plenarsaal des Hessischen Landtags
Wiesbaden 2006

Heft 3 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2005 im Stadtverordnetensaal des Wiesbadener Rathauses
Wiesbaden 2006

Heft 4 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 26. Januar 2006 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2006

Heft 5 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2007 im Ständehaus Kassel
Wiesbaden 2008

Heft 6 · Symposium „Schutz des Lebens und Selbstbestimmung am Lebensende“ am 12. März 2007 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2008

Heft 7 · Festveranstaltung des Hessischen Landtags zum 60-jährigen Jubiläum des Unterausschusses Justizvollzug am 11. Mai 2007 in der Justizvollzugsanstalt Rockenberg
Wiesbaden 2008

Heft 8 · Gedenkveranstaltungen für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008, 26. Januar 2009 und 27. Januar 2010 und aus Anlass des 70. Jahrestages der Reichspogromnacht am 10. November 2008
Wiesbaden 2010

Heft 9 · Feierliche Übernahme des neuen Plenarsaals am 4. April 2008 und Verabschiedung der ausscheidenden Abgeordneten der 16. Wahlperiode des Hessischen Landtags und Einweihung des neuen Plenargebäudes
Wiesbaden 2010

Heft 10 · 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der ehemaligen DDR und Beginn der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Hessen und Thüringen. Symposium am 18. September 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010

Heft 11 · 9. November – Ein Tag deutscher Geschichte. Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Eckart Conze am 10. November 2009 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2010

Heft 12 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2009 an Dekha Ibrahim Abdi
Wiesbaden 2010

Heft 13 · Unrechtsschicksal der Heimkinder der 50er und 60er Jahre. Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit am 29. Oktober 2009
Wiesbaden 2011

Heft 14 · 50-jähriges Bestehen des Vertrages des Landes Hessen mit den Evangelischen Kirchen. Veranstaltung des Hessischen Landtags und der Evangelischen Kirchen am 28. Juni 2010
Wiesbaden 2011

Heft 15 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2010 an Ismail Khatib
Wiesbaden 2011

Heft 16 · 20 Jahre Deutsche Einheit. Feierstunde am 28. September 2010
Wiesbaden 2011

Heft 17 · Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland. Gedenkveranstaltung und Ausstellungseröffnung am 16. August 2011 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2011

Heft 18 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2011 an Sadako Ogata
Wiesbaden 2011

Heft 19 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung der Ausstellung „Ein Leben aufs neu“ am 27. Januar 2012 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2012

Heft 20 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2012 an Elisabeth Decrey Warner
Wiesbaden 2012

Heft 21 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2013 an Imam Dr. Muhammad Ashafa und Pastor Dr. James Wuye
Wiesbaden 2013

Heft 22 · Gedenkveranstaltung zum 75. Jahrestag der Reichspogromnacht „Alles Blut aus meinem Herzen“ am 9. November 2013 im Hessischen Landtag
Wiesbaden 2013

Heft 23 · Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus und Eröffnung der Ausstellung „Der Weg nach Auschwitz“
Wiesbaden 2014

Heft 24 · Verleihung des Hessischen Friedenspreises 2014 an Rubem César Fernandes
Wiesbaden 2014

Heft 25 · Vortragsreihe Krieg und Frieden in Europa - Vom Beginn des Ersten und des Zweiten Weltkrieges zur Europäischen Einigung von Prof. Dr. Herfried Münkler
Wiesbaden 2015



HESSISCHER
LANDTAG

ISBN: 978-3-923150-58-8

Schriften des Hessischen Landtags
Heft 26